

8 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.30 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke, das war jetzt eine Berichtigung. Wir kommen jetzt zur öffentlichen Tagesordnung. Ich darf Sie bitten, sie zur Hand zu nehmen. Danke noch einmal an alle Klubobleute, die sich besprochen haben zu jenen Punkten, die wir en bloc abstimmen können und da bitte ich jetzt um Aufmerksamkeit. Und zwar sind folgende Punkte besprochen und können somit kollektiv zur Abstimmung kommen.

Es sind die Tagesordnungspunkte 2, 4, 7, 10, 11, 12, 13, 15. Bei der Nachtragstagesordnung ist es der Punkt 18, 19, Punkt 20 ist abgesetzt worden., 22, 23, 24 bis 29 durchgehend, Punkt 30 ist abgesetzt, weiters einstimmig ist Punkt 31, 32, 33 und 34. Nicht öffentlich kommt dann später.

Alle diese Tagesordnungspunkte, die jetzt en bloc abgestimmt sind, sind einstimmig angenommen.

En bloc:

**8.1 Stk. 2) A2-129893/2022/0001 Bundespräsidentenwahl am
9. Oktober 2022, Aufwandsgenehmigung
i. H. v. insgesamt EUR 825.700,00**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für die Abwicklung bzw. Durchführung der

Bundespräsidentenwahl 2022 im Sinne des Motivenberichtes über insgesamt 825.700
Euro wird erteilt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.2 Stk. 4) A2-129893/2022/0001 erfa GmbH,
Aufwandsgenehmigung in Höhe von
376.540 Euro (Teilbetrag 2. Halbjahr 2022),
somit insgesamt für 2022 907.225 Euro für
erfa GmbH, BB&B Betreuung,
Beschäftigung & Bewerbungscoaching von
arbeitsmarktfernen Personen
203.435 Euro
1. FIF A5-0158/2022-0002
erfa GmbH, Projekt Soziallots:innen
25.580 Euro
2. FIF A5-0158/2022-0003
erfa GmbH, erfa-Tischlerei
33.000 Euro
3. FIF A5-0158/2022-0001
erfa GmbH, erfa-textil
114.525 Euro
4. FIF A5-0158/2022-0004**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle im Sinne des Motivenberichtes
beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für Personal- und Sachkosten an die erfa GmbH in Höhe
von 376.540 Euro für die verschiedenen Projekte aus der FiPos. 1.755000, Fonds

429100, Finanzstelle 150, mit sofortigem Auszahlungstermin für das Jahr 2022 wird erteilt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.3 Stk. 7) 040945/2008/008

**Creative Industries Styria GmbH,
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz in der
Generalversammlung gem. § 87(4) des
Statuts der Landeshauptstadt Graz;
Umlaufbeschluss (Bestellung des
Stellvertreters des Vorsitzenden des
Aufsichtsrats)**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Creative Industries Styria GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gem. § 34 GmbHG.
2. Zustimmung zur Bestellung von Wolfgang Skerget zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats für die laufende Funktionsperiode.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.4 Stk. 10) A 8/4 – 38360/2021

**Triester Straße – Gleisusbau
Straßenbahnlinie 5, wertgleicher
Grundaustausch zwischen Stadt Graz und
dem Land Steiermark**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

- Das Land Steiermark tauscht und übergibt in das Eigentum der Stadt Graz und diese erwirbt tauschweise in ihr Eigentum die in der Vereinbarung sowie im Motivenbericht angeführte ca. 4.899 m² große Teilfläche des GST Nr. 2204/3, KG Gries, vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses für die Übertragung dieser Fläche in das Öffentliche Gut der Stadt Graz.
- Die Stadt Graz tauscht und übergibt in das Eigentum des Landes Steiermark und dieses übernimmt tauschweise in sein Eigentum die in der Vereinbarung sowie im Motivenbericht angeführte ca. 4.212 m² große Teilfläche des SGST Nr. 2117/4, KG Gries, vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses für die Auflassung dieser Fläche aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz
- Der gegenständliche Grundtausch erfolgt unbeschadet des verschiedenen Flächenausmaßes wertgleich.
- Die angeführte Vereinbarung mitsamt Planbeilagen bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.5 Stk. 11) A 8/4 – 92767/2018

**Koloniegasse,
bescheidmäßige Rückübereignung des
Gdst. Nr. 306/49, EZ 50000, KG Baierdorf
im Ausmaß von ca. 387 m²**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Die unentgeltliche Rückübereignung des Gdst. Nr. 306/49, EZ 50000, KG Baierdorf im Ausmaß von ca. 387 m², wird aufgrund des Bescheides der Bau- und Anlagenbehörde mit der GZ: A17-RUV-093054/2018/0010 vom 21.04.2022, vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses, genehmigt.
2. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
3. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch die Präsidialabteilung – Zivilrecht beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.6 Stk. 12) A 8/4 – 91590/2022

**Robert-Musil-Gasse,
bescheidmäßige Rückübereignung des
Gdst. Nr. 190/1, EZ 1289, KG Liebenau im
Ausmaß von ca. 483 m²**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Die unentgeltliche Rückübereignung des Gdst. Nr. 190/1, EZ 1286, KG Liebenau im Ausmaß von ca. 483 m², wird aufgrund des Bescheides der Bau- und Anlagenbehörde mit der GZ: A 17-RUV-055526/2022/0007 vom 14.02.2022, vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses, genehmigt.

2. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
3. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch die Präsidialabteilung – Zivilrecht beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.7 Stk. 13) A 8/4 – 139322/2022

**Gaswerkstraße – Grasbergerstraße
(Grenzberichtigung),
unentgeltlicher Grundtausch,
Auflassung aus dem Privatvermögen der
Stadt Graz und Tausch einer ca. 2 m²
großen Teilfläche des Gdst. Nr. 455/2, EZ
634, KG Algersdorf gegen eine ca. 3 m²
große Teilfläche des Gdst. Nr. 741, EZ 240,
KG Algersdorf**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

- Der unentgeltliche Grundtausch einer ca. 2 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 455/2, EZ 634, KG Algersdorf (Trennstück Nr. 1) gegen eine ca. 3 m² große Teilfläche des Gdst. Nr. 741, EZ 240, KG Algersdorf (Trennstück Nr. 3), laut beiliegenden Teilungsplan, wird genehmigt.
- Die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Vermessungsbüro „Kukuvec“ gemäß § 13 des Liegenschaftsteilungsgesetzes.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 8.8 Stk. 15) A 10/8 – 056249/2021/2 Regionalbushaltestellen Griesplatz,
Rösselmühlgasse und Roseggerkai,
- Projektgenehmigung in Höhe von
1.100.000,00 Euro
- Erhöhung von 280.000,00 Euro**
- gehört zum Finanzstück Pkt. 27.)**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Die Kostenerhöhung in Höhe von 280.000 Euro für die Projektgenehmigung „Ausbau der Regionalbushaltestellen Griesplatz, Rösselmühlgasse und Roseggerkai“, somit in Summe von 1.100.000 Euro, wird erteilt. Die Bedeckung dieser Summe erfolgt durch das von der A8 – Finanzdirektion parallel eingebrachte Gemeinderatsstück am 22. September 2022.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 8.9 Stk. 18) Präs. 009631/2003/0013 Steirische Hagelabwehrgenossenschaft
eGen – Vertretung der Stadt Graz**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in der Generalversammlung der Steirischen Hagelabwehrgenossenschaft eGen wird Herr Mag. Dr. Stefan Hoflehner, MSc bestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.10 Stk. 19) Präs. 039689/2019/0011 Entsendung von Bediensteten der Geriatrischen Gesundheitszentren (GGZ) in Körperschaften und Kommissionen

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in die betreffenden Körperschaften und Kommissionen werden die in der beiliegenden Liste zu entnehmenden Bediensteten der GGZ bestellt. Die Liste bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.11 Stk. 22) A 8 – 141816/2021-117 Sportamt, Investitionskostenzuschuss GAK Tennis Klubhaus in Höhe von 700.000 Euro, Budgetvorsorge in Höhe von je 350.000 Euro für 2022 und 2023

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 und 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022	FVA 2023	EVA 2023
270	269000	1.777000		Kap.trans. an private Org. ohne Erwerbszweck	D.270001	+350.000	+350.000	+350.000	+350.000
270	940000	2.861000		Transfers von Ländern		+175.000	+175.000	+175.000	+175.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-175.000	-175.000	-175.000	-175.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.12 Stk. 23) ABI-033936/2016/0030
A 8 – 141818/2021-35**

**Zusatzprogramme in der schulischen
Nachmittagsbetreuung,
Projektgenehmigung über 500.000 Euro,
Zeitraum Schuljahr 2022/2023**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung zur Finanzierung von Zusatzprogrammen in der Nachmittagsbetreuung für das Schuljahr 2022/23 von max. 500.000 Euro wird wie folgt erteilt:

150.000 Euro mit Zahlung der Jahresabgangsdeckung 2022 (fällig 2023) und 350.000 Euro mit Zahlung der Jahresabgangsdeckung 2023 (fällig 2024).
2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
340	232000	1.781000	23400037	Zuschuss STB-GmbH	D.340001	+150.000	+150.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-150.000	-150.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.13 Stk. 24) ABI – 038451/2003/123
A 8-141818/2021-32**

**Schulsozialarbeit,
Kooperationsvereinbarung mit dem Land
Steiermark für die Schuljahre 2022/2023
und 2023/2024, Projektgenehmigung über
insg. 633.200 Euro**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. September 2022

Die Projektgenehmigung „Schulsozialarbeit für die Jahre 2022 und 2023 mit Gesamtkosten von 633.200 Euro (Anteil der Stadt Graz) wird beschlossen.

Projekt	MB 2022	MB 2023	MB 2024
Schulsozialarbeit	124.000	347.500	161.700

<i>MB: Mittelbedarf gerundet</i>			
----------------------------------	--	--	--

Die Bedeckung für 2022 und 2023 erfolgt im LCF des ABI-Voranschlages, Finanzstelle 340 / Fonds 212000 / Fipos. 1.728.000 /HHP 23400030 / Deckungsring D.340021 / MR 371004276.

Der Mittelbedarf für 2024 kann aus der mit dem Voranschlag 2023 beschlossenen Budgetvorgabe 2024 für die Abteilung für Bildung und Integration abgedeckt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.14 Stk. 25) BGM-167282/2022-1
A8-141816/2021-138**

**Anpassung der
Instandhaltungsvereinbarung mit der
Israelitischen Kultusgemeinde Wien für
den Jüdischen Friedhof Graz (2012-2031)**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.
2. Der in der Beilage 1/befindlichen Instandhaltungsvereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildet, wird die Zustimmung erteilt.

3. Die von der Stadt Graz zu erbringenden Dienstleistungen werden durch die Holding Graz, Spartenbereich Stadtraum, im Rahmen der Betriebsführung für den Bereich Grünraum erbracht, in die Servicevereinbarung mitaufgenommen und über den jährlichen Kostenersatz abgegolten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.15 Stk. 26) A 8-141816/2021-122

**Creative Industries Styria GmbH,
Basisfinanzierung 2022 und 2023,
Nachtragskredit über je 250.000 Euro für
die Jahre 2022 und 2023**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 und 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022	FVA 2023	EVA 2023
290	381000	1.781000		Transfer an Beteiligungen der Gemeinde	D.290011	+250.000	+250.000	+250.000	+250.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-250.000	-250.000	-250.000	-250.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.16 Stk. 27) A 8 – 141818/2021-29

**Abteilung für Verkehrsplanung,
Regionalbushaltestellen Griesplatz,
Rösselmühlgasse und Roseggerkai,
1. Erhöhung der Projektgenehmigung
um insgesamt 280.000 Euro auf
1.100.000 Euro,
2. Budgetvorsorge über 280.000 Euro im
Jahr 2023 im ICF**

gehört zu Pkt. 15.) A 10/8

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Die Erhöhung der Projektgenehmigung „Regionalbushaltestellen Griesplatz, Rösselmühlgasse und Roseggerkai“ um 280.000Euro auf 1.100.000 Euro wird wie folgt erteilt:

Ausgaben bis Ende 2021	0, --
2022	820.000, --
2023	280.000, --
Summe	1.100.000, --

2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2023	EVA 2023
260	612000	1.060000	12603500	Regionalbushaltestellen / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtunge n	D.260350	+280.000	
260	612000	2.305000	12603500	Regionalbushaltestellen / Kapitaltransfers von Unternehmen (ohne Finanzunternehmen)		+280.000	

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.17 Stk. 28) A 8-21515/2006-305
A 8-20081/2006-290**

GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Bestellung Wirtschaftsprüfer 2022 und 2023 (Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967), Umlaufbeschluss

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH und der Holding Graz-Kommunale Dienstleistungen GmbH, in beiden StR Manfred Eber, wird ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht folgenden Umlaufbeschluss zu unterfertigen:

1. Zustimmung der Beschlussfassung im schriftlichen Weg gem. § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur Bestellung der K&E Wirtschaftstreuhand GmbH, Graz, zur Wirtschaftsprüferin für die Jahre 2022 und 2023

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.18 Stk. 29) A 8 – 141816/2021-123

Science Park Graz GmbH, Unterstützung AplusB – Scale Up Basisfinanzierung 2022 und 2023, Nachtragskredit über je 75.000 Euro für die Jahre 2022 und 2023

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 und 2023 werden wie folgt geändert:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. September 2022

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022	FVA 2023	EVA 2023
290	700000	1.755000	22900007	Transfers an Beteiligungen der Gemeinde	D.290001	+75.000	+75.000	+75.000	+75.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-75.000	-75.000	-75.000	-75.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.19 Stk. 31) A 8-141816/2021-120

**Amt für Jugend und Familie, KIMUS
Zuschuss, Budgetvorsorge über
3.743.300 Euro für die Jahre 2022 und
2023**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 und 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022	FVA 2023	EVA 2023
160	340100	1.781000		Transfers an Beteiligungen der Gemeinde	D.160020	+237.900	+237.900	-231.600	-231.600
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-237.900	-237.900	+231.600	+231.600
60	340100	1.080000	31608010	Beteiligungen an verbundenen Unternehmen / Jugendamt	D.160020	+3.328.100		+408.900	
180	340100	2.346000		Investitionsdarlehen		+3.328.100		+408.900	

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.20 Stk. 32) A 8/4-09868/2013

**Gdst. Nr. 156/78, KG Straßgang,
Am Leopoldsgrund 96,
Baurechtsliegenschaft,
Verkauf Stammgrundstück und Anteile an
Allgemeinflächen**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

Die Stadt Graz verkauft die Stammliegenschaft Am Leopoldsgrund 96 und die ihr zugehörigen Allgeneinflächen. Der Kaufpreis von Euro 32.944 wird auf der FONDS 840000, FIPOS 2.801000 vereinnahmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.21 Stk. 33) A 8-141818/2021-43

**1. Zuschüsse gemäß
„Kommunalinvestitionsgesetz KIG 2020“
der Republik Österreich und laut
diesbezüglicher Richtlinie des Landes
Steiermark,
2. Verpflichtungserklärung zur
Beantragung von Landeszuschüssen**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Das Zurückziehen der Förderanträge wird zur Kenntnis genommen und die Rückzahlung der Förderungen bewilligt:
 - 1.438.830 Euro in Bezug auf das Investitionsprojekt „Straßenbeleuchtung 2020“ an den Bund;
 - 3.833.500 Euro in Bezug auf das Investitionsprojekt „Straßenbeleuchtungsprogramm 2021-2023“ an den Bund;
 - 719.415 Euro in Bezug auf das Investitionsprojekt „Straßenbeleuchtung 2020“ an das Land Steiermark

2. Der beiliegenden Zustimmungs- und Verpflichtungserklärung wird zugestimmt und die Finanzdirektion federführend mit der Abwicklung der Förderansuchen beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.22 Stk. 34) A 8-141816/2021-139

Abteilung f. Immobilien,

- 1. Finanzmittelverschiebung Projekt „P & R Murpark“ in Höhe von 150.000 Euro und Kürzung der bestehenden Projektgenehmigung „P & R Murpark“ um 450.000 Euro,**
- 2. a) Budgetvorsorge „Schloßberg“ in Höhe von 300.000 Euro für 2023,
b) Budgetvorsorge „Ruine Gösting“ in Höhe von 150.000 Euro für 2022**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

1. Der Finanzmittelverschiebung im Rahmen der Projektgenehmigung „P&R Murpark“ sowie der Kürzung der Projektgenehmigung „P&R Murpark“ in Höhe von 450.000 Euro wird zugestimmt.
2. Der Budgetvorsorge „Schloßberg“ in der Höhe von 300.000 Euro für 2023 und der Budgetvorsorge „Ruine Gösting“ in der Höhe von 150.000 Euro für 2022 wird zugestimmt.

Der Finanzierungshaushalt 2022 und 2023 werden wie folgt geändert.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. September 2022

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022	FVA 2023	EVA 2023
210	840000	1.001000	12103210	P&R Murpark / Unbebaute Grundstücke	D.210321	-150.000		+150.000	
180	840000	2.346000		Investitionsdarlehen		-150.000		+150.000	
210	840100	1.050000	12103081	Schlossberg / Sonderanlagen	D.210308			+300.000	
180	840100	2.346000		Investitionsdarlehen				+300.000	
210	362000	1.010000	12103310	Ruine Gösting / Gebäude und Bauten	D.210331	+150.000			
180	362000	2.346000		Investitionsdarlehen		+150.000			
210	840000	1.001000	12103210	P&R Murpark / Unbebaute Grundstücke	D.210321	-150.000		-300.000	
180	840000	2.346000		Investitionsdarlehen		-150.000		-300.000	

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (13.33 Uhr).

Berichterstatterin: Bgm.ⁱⁿ Kahr

8.23 Stk. 1) KOM 158887/2022/0001

erhöhte Mehrheit

**Bürgermeister a. D. Mag. Siegfried Nagl,
Ernennung zum Ehrenbürger der
Landeshauptstadt Graz**

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Es ist eine kurze Berichterstattung, aber eine sehr schöne und ehrenvolle Aufgabe, die ich auch gerne selbst vornehmen möchte. Sie wissen, es sind Personen, die sich um Persönlichkeiten, die sich im Bund, im Land oder in unserer Stadt Graz hervorragend verdient gemacht haben, können zu Ehrenbürger:innen ernannt werden, das ist laut unseres Statuts der Landeshauptstadt so vorgesehen. Ich freue mich sehr, gemeinsam auch in Ansprache natürlich mit der geehrten Person und allen Fraktionen den Vorschlag hier zu unterbreiten, im Stadtsenat haben wir das schon einstimmig so vorgenommen, dem ehemaligen und längstdienendsten Bürgermeister unserer Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, für die Ernennung zum Ehrenbürger der Landeshauptstadt Graz vorzuschlagen. *(Appl.)*

Ich habe mit ihm selbstverständlich Kontakt aufgenommen und möchte Sie jetzt schon darauf aufmerksam machen, wir werden uns auch in den kommenden Tagen persönlich treffen und wir werden in der kommenden Gemeinderatssitzung im Oktober, die am selben Tag wie die Gemeinderatssitzung ist, auch die Festsitzung vornehmen. Sie wird am späten Vormittag stattfinden, und diese Festsitzung ist auch mit dem Landeshauptmann Christopher Drexler so abgesprochen und ich hoffe, dass alle Zeit haben. Somit darf ich natürlich jetzt auch noch den Gemeinderat ersuchen und bitten, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, Herrn

Bürgermeister d. D., Mag. Siegfried Nagl, die Ehrenbürgerschaft zu verleihen.

StR Mag. Krotzer:

Ich war gerade dabei, den Termin einzutragen für die Festsitzung, damit ich da das nicht versäume und darf den Vorsitz wieder zurückgeben an die Bürgermeisterin, damit sie dann das Wort erteilen kann.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13.36 Uhr).

CO GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich namens meiner Fraktion ganz herzlich bei der Stadtregierung bedanken, dass diese Wertschätzung dem Bürgermeister außer Dienst Magister Siegfried Nagl zuteil wird und wollte das auch hier tun, habe ich nun getan. Vielen herzlichen Dank und selbstverständlich werden auch wir uns diesen Termin sofort eintragen. Dankeschön.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer

8.24 Stk. 3) A 5-028630/2017/0002

SozialCard – Abänderung der Anspruchsvoraussetzungen sowie der Auszahlungsmodalitäten finanzieller Zuschüsse im Zusammenhang mit der SozialCard

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vorliegende Stück hat einen sehr wichtigen Stellenwert für Menschen, die in unserer Stadt einfach nicht so viele finanzielle Mittel haben und einfach auch entsprechend Unterstützung brauchen. Die Einführung der SozialCard ist mit diesem Ziel 2012 in Graz eingeführt worden. Mittlerweile ist es so, dass einfach wieder das Bedürfnis da ist, Veränderungen umzusetzen, durchzuführen und damit auch eine Verbesserung zu erzielen. In diesem vorliegenden Stück sind es drei Punkte, die als wichtige Veränderung unterstützungswürdig sein werden, und zwar es gibt einerseits die Voraussetzung, dass der durchgehende Hauptwohnsitz von zwölf auf sechs Monate reduziert wird. Der zweite Punkt, dass für Drittstaatsangehörige die zwingende Vorlage von Sprach- und Wertekursen entfällt. Und der dritte Punkt ist, Personen, die keine GIS-Gebührenbefreiung haben, aber den Bezug der Wohnunterstützung des Landes vorlegen können, sollen nun ebenfalls eine SozialCard erhalten können. Und aus dem Grund ist der wichtige Punkt, dass wir im Antrag diesbezüglich die Änderungen hinsichtlich dieser Anspruchsvoraussetzungen eben, wie kurz zitiert, heute beschließen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der gemeinderätliche Ausschuss für Gesundheit und Pflege, Soziales, Senior:innen und Integration stellt daher den Antrag der Gemeinderat wolle die Änderungen hinsichtlich der Anspruchsvoraussetzungen wie im Motivenbericht dargestellt beschließen.

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal. Ich darf mich ganz kurz zu Wort melden. Es ist bekannt, dass wir einen Abänderungsantrag hier eingebracht haben. Vorab möchte ich aber ganz klar sagen, wir haben uns immer zur SozialCard bekannt, wir bekennen uns zur SozialCard und sind sehr, sehr stolz, dass wir diese freiwillige Leistung der Stadt Graz auch anbieten, wir haben Vorbildwirkung in Österreich. Wir haben in der Vergangenheit dieses Angebot stetig erweitert, aufgestockt und immer mehr Leute dazubekommen, dennoch sind wir der Meinung, dass sich der Anspruchsberechtigtenkreis, der auch bisher Anspruch hatte auf Leistungen im Rahmen der Sozialcard, so sich bewährt hat und beibehalten werden soll. Ins nähere Detail werden auch meine Kolleg:innen mit ihren Wortmeldungen auch noch gehen. Wir sind aber, um das kurz auch zu vollenden, der Meinung, dass es wichtig ist und auch richtig ist, ganz genau aktuell hinzuschauen, dass sich Menschen in der aktuellen finanziellen Situation schwieriger tun und dass man da strukturelle Änderungen und Entlastungen für insbesondere die im Antrag erwähnte arbeitende Bevölkerung, die sich aber auch in finanziellen Notlage teilweise befindet, auch erarbeitet und teilweise einfordert. Wenn also aus meiner Sicht und unserer Sicht unterstützt werden soll, dann müsste da nicht nur einfach der beziehende Kreis der SozialCard ausgeweitet werden, sondern dann müssten da ganz, ganz klare Bemühungen auch stattfinden, um in Zusammenarbeit mit dem Land und dem Bund auch Maßnahmen zu finden, um strukturelle Veränderungen zu schaffen und tatsächlich da auch Entlastung für die Menschen hinzubekommen und es soll „nicht nur“ die SozialCard geöffnet werden. Ins nähere Detail, wie gesagt, werden meine Kolleg:innen eingehen. Ein Punkt wäre mir aber noch ein Anliegen, auch hier an dieser Stelle kurz festzuhalten, ich habs auch gestern im Ausschuss kurz gesagt: Wir haben das Stück vorgelegt bekommen und ganz klar das Bekenntnis zur SozialCard unterstreichen wir, aber es ist schon etwas befremdlich, und so haben wir das festgestellt gestern im Ausschuss, dass man sich über die finanziellen Auswirkungen dieses Antrages auch noch einmal ganz genau informieren muss. Ich glaube, das ist ganz klar, dass das eine politische Entscheidung ist, die SozialCard auch weiter aufzumachen, das ist auch in dieser Form zu

respektieren, wir leben in einer Demokratie. Gleichzeitig aber, und wenn man stolz sein möchte auf diese Ausweitung, so wie wir das gestern zu verstehen bekommen haben im Ausschuss, sehen wir nur ganz bedingt ein, wieso die damit entstehenden Mehrkosten und das, was die Koalition aktuell noch macht, weiter in die SozialCard investieren möchte, nicht einfach aufgeschlüsselt ist. Für uns war nicht klar bzw. es gab keine Informationen im Stück selbst über den zu erwartenden weiteren Bezieher:innenkreis. Das wurde nachgefragt und mit 5.000 bis 7.000 weiteren Personen beantwortet, das ist einmal sehr, sehr spannend. Auch die voraussichtlichen Mehrkosten für das Sozialamt haben wir nachgefragt, die belaufen sich auf 800.000 bis 1 Mio. Euro. Was allerdings da wieder nicht reinfällt, was für uns auch sehr, sehr spannend war, ist natürlich die Kosten die im Rahmen des Verkehrsfinanzierungsvertrages für die vergünstigte Jahreskarte der Holding Graz Linien zusätzlich noch dazu anfallen. Es sind, wenn man da jetzt ein Mittel hernimmt zwischen den 5.000 und den 7.000 zusätzlichen Personen, weitere 1,5 Mio. Euro. Es ist auf dem Stück natürlich die Finanzabteilung auch drauf gewesen, heute im Finanzausschuss gab es kein Stück dazu, weil das, so haben wir das gestern erfahren, bereits eingestellt wurde das Budget im Sozialamt, dass da mehr anfällt. Wir würden uns zukünftig einfach wünschen, dass man das, und insbesondere wenn man es aufmacht auf die Personalkosten, in solchen Stücken einfach mithineingenommen werden, um da eine gewisse Transparenz zu schaffen. Ich hoffe auf Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag in dem Wissen, dass das wahrscheinlich keine Mehrheit finden wird. Aber wir sind der Meinung, es braucht strukturelle Änderungen für die Entlastung der Menschen in Graz und nicht nur die Erweiterung, sodass man noch mehr Leute, auch wenn es nur virtuell ist, zum Sozialamt bittet. Dankeschön. (Appl.)

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die SozialCard wurde am 01.10.2012 mit dem Ziel in Graz eingeführt, Menschen mit geringem Einkommen finanziell unter die Arme zu greifen und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Diese Karte bietet, als

freiwillige Leistung der Stadt Graz, Zugang zu Vergünstigungen in öffentlichen sowie privaten Einrichtungen, unterstützt die Inhaber:innen mehrmals jährlich durch finanzieller Förderungen und trägt seit jeher zu einer maßgeblichen Erhöhung der Mobilität der Grazer Bürger:innen bei.

Die Grazer SozialCard wurde seit ihrer Einführung schon mehrfach geändert, deren Leistungskatalog sowie der Bezieher:innenkreis stetig erweitert bzw. der Erhalt der Leistungen erleichtert, sodass nunmehr rund 10.000 Grazer Haushalte die Förderungen der SozialCard in Anspruch nehmen.

Mit dem nun vorliegenden Entwurf der nächsten Änderung stehen mannigfaltige Modifikationen zur Beschlussfassung an:

- *Reduktion des Hauptwohnsitzes in Graz von 12 auf 6 Monate;*
- *Entfall der zwingend vorgeschriebenen Vorlage von Sprach- und Wertekursen für Drittstaatsangehörige;*
- *bei Nichterfüllung der GIS-Befreiung reicht der Bezug der Wohnunterstützung nach dem Stmk. Wohnunterstützungsgesetzes.*

Wenn man allein nur den Kreis der Studierenden in Graz betrachtet – rd. 60.000 Personen – erhalten doch nicht wenige schon jetzt eine Wohnunterstützung durch das Land Steiermark. Bezieht man in diese Betrachtung nunmehr anspruchsberechtigten Lehrlinge und Schüler:innen sowie die Reduktion des Hauptwohnsitzes von zwölf auf sechs Monate mit ein, so dürfte sich der Kreis der Bezugsberechtigten wahrscheinlich verdoppeln.

Dies bedeutet zum einen eine enorme zusätzliche finanzielle Mehrbelastung (eventuell sogar eine Verdoppelung) für das ohnehin schon durch bspw. den aus dem Titel des Verkehrsfinanzierungsvertrages noch zu leistenden Beitrag der Stadt an die Holding beschwerte Budget. Zum anderen könnte aber auch das seit 2017 gut etablierte System zum Erliegen der Vollziehbarkeit gebracht werden, wenn nicht der Mitarbeiterstand, der die zukünftige Antragsflut zu bewältigen hat, deutlich erhöht wird.

Graz wird durch die Abschwächung der ersten beiden Kriterien noch interessanter für Menschen mit geringem Einkommen und wird der dadurch ausgelöste Pull-Faktor noch zusätzlich befeuert, wenn Studierende anstelle einer geringfügigen Nebenbeschäftigung den virtuellen Gang zum Sozialamt antreten. Letzteres ist kein probates Mittel auf dem Weg vom elterlichen Zuhause in die Selbständigkeit.

Namens des Gemeinderatsklubs der ÖVP stelle ich daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur etablierten Grazer SozialCard und möge im Hinblick auf die Bewährtheit der geltenden Richtlinie von einer Änderung absehen bzw. diese in der vorliegenden Form beibehalten.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich habe das Letzte, was haben Sie gesagt? Sie waren jetzt so schnell, ich habe das akustisch nicht verstanden. Die letzten drei Worte.

GRiⁿ Hopper:

Dass man strukturell daran arbeiten muss

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Das muss man jetzt eben korrigieren. Ansuchen, die die jetzt erweitert werden, muss man persönlich, weil es eine neue Gruppe ist, also kann es kein Sozialbetrug sein.

GRⁱⁿ **Hopper:**

...nicht Sozialbetrug.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns mit Sicherheit einig. Wir leben in sehr turbulenten Zeiten und wir leben auch in finanziell angespannten Zeiten. Und wir werden uns auch darüber einig sein, dass diese finanzielle Anspannung viele Menschen auch überfordert zu diesen gegenwärtigen Zeiten. Wir erleben Inflationsraten im zweistelligen Bereich, wir erleben Strompreise, wir erleben Treibstoffpreise, wir erleben Lebensmittelpreise, die völlig außer Kontrolle geraten sind. Ein Sozialstaat, und wir sind Gott sei Dank ein Sozialstaat, muss hier auch unterstützend mitwirken. Was aber auch nicht unerwähnt bleiben darf und meine Kollegin Astrid Schleicher hat das bei der letzten Sitzung sehr treffend formuliert, Mitschuld in dieser Situation hat auch diese Bundesregierung mit ihrer völlig verfehlten Sanktionspolitik in Russland. Wir als Stadt Graz ändern jetzt die Richtlinien. Was wir aber nicht dabei bedenken ist, dass wir damit auch den Personenkreis der Anspruchsberechtigten massiv erhöhen und dass wir damit indirekt ein sozialpolitisches Fass aufmachen, wo wir nicht wissen, wo am Ende des Tages der Boden sich befindet. Wir haben hier ein Stück vorgelegt bekommen im Prinzip ohne Zahlen. Nach Rückfrage wurde eine Schätzung abgegeben, inwiefern sich der Personenkreis der Anspruchsberechtigten hier erweitern wird, und die finanziellen Kosten sind in dem Sinn nicht abschätzbar. Das ist der Grund, warum wir diese Richtlinienverordnung ablehnen. Der zweite Grund ist für uns, dass diese zwingende Vorlage von Sprach- und Wertekursen für Drittstaatsangehörige jetzt gestrichen werden soll. Und wir wissen über alle Parteigrenzen hinweg, dass wir in Graz, in Österreich, in Europa ein Integrationsproblem mit Drittstaatsangehörigen haben. Und wir wissen auch, dass die Beherrschung der Sprache, aber auch die Akzeptanz von den unterschiedlichen Werten in der Gesellschaft, in der eingewandert wird, essentiell sind, dass das Schlüsselkompetenzen sind, um eine Integration erfolgreiche

abzuschließen. Und wenn wir diese Richtlinien ändern und diese Wertekurse, diese Sprachekurse aus der Voraussetzung herausnehmen, leisten wir in Graz einen weiteren Mosaikstein für eine verfehlte Integration und das wollen wir so nicht. Dankesehr
(Appl.)

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauende und liebe Gäste im Livestream. Ich bin jetzt doch schon seit einigen Jahren hier im Gemeinderat und irgendwie verfolgen uns diese Debatten zur SozialCard in einer gewissen Regelmäßigkeit und es sind auch immer die gleichen Fronten, die einander gegenüberstehen. Ich bin dennoch überrascht eigentlich von der heutigen Ablehnung durch ÖVP und FPÖ und bin deswegen überrascht, weil wir uns ja wirklich in einer Ausnahmesituation befinden mit einer seit Monaten unfassbar hohen Inflation, mit einer Situation, wo wirklich viele Menschen von Armut betroffen sind, die vorher noch einigermaßen über die Runden gekommen sind. Ich weiß nicht, ob ihr die Gespräche führt, aber ich komme ja ursprünglich aus der Caritas und rede auch regelmäßig jetzt z.B. mit Sozialmärkten, Vinzimärkten, Essensausgabe bei der Caritas. In den letzten Monaten ist es wirklich unfassbar angestiegen. Es kommen Menschen hin, die da sonst nie hingekommen sind, die sich wirklich ihr Leben, die Grundbedürfnisse nicht mehr leisten können. Sie können sich einfach Lebensmittel nicht mehr leisten. Und das hat auch Ausmaße angenommen, die es vorhin in der Form nicht gab. In dem Sinne ist dann doch überraschend, dass man irgendwie auch als Parteien da vielleicht sonst kritisch waren, nicht einmal aus dem eigenen ideologischen Rahmen hinaustreten kann und sagen kann: „Okay, wir sind jetzt wirklich in einer Situation, wo Menschen Unterstützung brauchen.“ Es ist auch überraschend, weil gerade eine Partei, die sich gern so als Partei des kleinen Mannes, der kleinen Frau, und eine andere Partei, die gern die arbeitende Bevölkerung vertritt, sich gegen eine Ausweitung wehrt, die ja genau das zum Ziel hat, Menschen, die arbeiten, die aber einfach ein sehr geringes Einkommen haben, in den Beziehungs:innenkreis der SozialCard aufzunehmen. Genau

das gelingt uns ja damit, indem wir es auf die Bezieher:innen der Wohlunterstützung ausweiten und ich hätte gedacht, dass man hierfür eine breite Mehrheit finden kann angesichts der Lage, in der wir als Gesellschaft sind. Zu ein paar anderen Kritikpunkten möchte ich noch sagen – ich hoffe, wir sind alle im gleichen Ausschuss vorgestern gesessen – weil da wurden ja einige Fragen schon geklärt, und zum Beispiel geistert noch immer herum, dass sich die Anzahl der SozialCard-Bezieher:innen verdoppeln wird. Das ist ja vom Amt dort sehr genau gesagt worden, mit welchem Anstieg zu rechnen ist, und das ist keine Verdoppelung. Und es sind auch die budgetären Größen dort genannt worden; von dem her verstehe ich irgendwie diesen Vorwurf nicht ganz, der da im Raum steht. Ich denke, was wir hiermit machen, ist angesichts der schwierigen Lage, in der sich ganz viele Grazerinnen und Grazer befinden, mehr als nötig. Ich verstehe auch nicht, warum hier von strukturellen Veränderungen gesprochen wird. Weil das ist wirklich eine sehr, sehr treffsichere Maßnahme, die einigen Menschen wirklich ganz unmittelbar in ihrer Lebenssituation hilft, weil die SozialCard Mobilität, die billigere Jahreskarte, ist wirklich etwas, auf das ganz viele Menschen heutzutage angewiesen sind. In dem Sinn finde ich es schade. Es wäre schön, wenn wir geeint auftreten könnten. Wir nehmen es zur Kenntnis. Wir freuen uns aber trotzdem sehr, dass wir heute etwas beschließen können, das wirklich vielen Menschen, die grad nicht wissen, wie es im nächsten Monat weitergeht, helfen kann. Danke. *(Appl.)*

KO GR Ehmann:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Zuhörergalerie und im Livestream. Ich bin froh, dass das heute beschlossen wird. Denn angesichts der aktuellen Situation und der Teuerungen, wo viele, viele Menschen nicht mehr wissen, wie es morgen weitergehen soll, die Energiekosten enorm gestiegen, die Wärmekosten enorm gestiegen. Kein Ende in Sicht, möchte ich auch an dieser Stelle betonen. Also da kommt ja noch einiges auf uns zu, das dürfen wir nicht vergessen. Ich glaube, es ist höchst notwendig, diese Änderung herbeizuführen und die Anspruchsberechtigten in

diesem Fall zu erweitern. Vielfach wird's hier Überschneidungen geben, muss man auch sagen an dieser Stelle, da ja GIS-Gebührenbefreiung als auch die Wohnunterstützung oft gemeinsam zusammenfallen. Es wird nicht immer so sein, dass es immer neue Bezieherinnen dazu gibt, sondern dass das sowieso in dem Fall Mitnahmeeffekte sein werden, aber natürlich auch noch neue Menschen dazukommen, klar, weil ja, wie ich schon vorher ausgeführt habe, viel mehr Menschen davon betroffen sein werden. Das wird wahrscheinlich nicht einmal reichen, was wir da machen, weil es wird viel mehr Unterstützung noch brauchen zukünftig, das muss uns auch allen klar sein. Und wenn dann gesprochen wird, okay, die Kostenaufteilung wäre nicht angeführt gewesen, ja, das kann man formell anführen, dafür ist aber auch der Ausschuss da. Also das heißt, dass nicht nur die Kostenaufteilung im Antrag schon vorab eingeführt werden kann, sondern eingepflegt werden kann, sondern natürlich gibt es das auch als Möglichkeit, im Ausschuss zu hinterfragen, was eh passiert ist. Zusätzlich gibt es dann noch die Möglichkeit, nicht nur im Ausschuss zu hinterfragen, denn dank der Koalition und dem Demokratieverständnis der Koalition befinden sich ja alle Fraktionen im Aufsichtsrat der Holding, also selbst da kann man die Zahlen der SozialCard-Mobilität nachfragen mittlerweile, in der letzten Periode war das ja nicht der Fall, weil da sind ja ein paar Fraktionen ausgeschieden worden. Zum Thema insgesamt, zur Kollegin Hopper noch hinzu – wenn du sagst, das wäre, wie wenn man Menschen bittet, zum Sozialamt zu gehen, zwar nur virtuell, nicht physisch sozusagen. Ich denke, wir bitten Menschen nicht zum Sozialamt, sondern Menschen müssen sogar an dieser Stelle leider das Sozialamt aufsuchen, auch wenn es virtuell ist, weil sie eine Unterstützungsleistung brauchen. Und die strukturelle Änderung, von der du sprichst, die wäre die, wenn wir es schaffen würden, dass sich Menschen um keine Unterstützungsleistung anstellen müssten. Das wäre eine strukturelle Änderung, von der du sprichst (*Appl.*), die ist aber an anderen Stellen in dieser Republik zu suchen und nicht im Grazer Gemeinderat alleine. Der Wertekatalog wurde angesprochen vom Kollegen Winter. Ich sage es umgekehrt. Wir haben es im Ausschuss noch kurz angeschnitten, der Wertekatalog ist irgendwie eine No-na-Geschichte, das heißt, es betrifft quasi hier Geborene genauso wie Zugewanderte ...

Zwischenruf GR Mag. Winter unverständlich.

KO GR Ehmman:

... nein, insgesamt. Noch einmal: ...hier Geborene und nicht hier Geborene. Das sind Sachen und irgendwie Einstellungen, wo man sagt, ja logisch, ja na na sehe ich das so oder sollte das jemand so sehen, der hier leben will zukünftig oder hierher kommt oder sich das aussucht das Heimatland das zukünftige, Heimat ist dort, wo man ist, habe ich einmal gehört. Aber was für eine Konsequenz, und ich glaube, das ist ein Punkt im Wertekatalog, warum der da herausgenommen wird, welche Konsequenz hat es, diesen zu unterfertigen und theoretisch die Nichteinhaltung dessen, das hat gar keine Konsequenz gehabt bisher, soweit meine Information ist. Daher frage ich mich, welchen Wert hat dann diese Unterschrift beziehungsweise dieser Wertekatalog? Vielleicht sollte man da andere Mittel und Formen anwenden und aufsuchen und Unterstützung hier anbieten, um zu diesem gemeinsamen Verständnis von „Spielregeln“ zu kommen. Vielleicht ist dieser Zettel dafür nicht geeignet und daher hat es auch die Empfehlung der Fachabteilung gegeben offensichtlich, das wegzulassen. Und in diesem Sinne glaube ich, ist es ein guter Beschluss. Alle sollten noch einmal in sich gehen, ich denke, das sollte im Idealfall ein einstimmiger Beschluss sein. Danke. *(Appl.)*

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen! Ich möchte noch kurz auf die Wortmeldung von der Anna Hopper dahingehend eingehen, weil sie sagt, man muss strukturell etwas verändern. Ja, der Meinung bin ich auch, da ist aber die Stadt nicht ganz die richtige Adresse, sondern das wird man im Bund angehen müssen und da vermisste ich bezüglich der ganzen Teuerungskrise strukturelle Maßnahmen eher. Ich finde es gut, dass da unbürokratisch mit Einmalzahlungen geholfen wird. Mir ist klar, dass man in gewisser Weise eine Gießkanne machen muss, weil es, wie gesagt,

schnell gehen muss, ich finde es trotzdem irritierend, wie hoch zum Beispiel die Einkommensgrenze bezüglich des Energiekostenzuschusses ist. Da hätte man vielleicht trotzdem schauen können, dass das treffsicherer gestaltet ist. Nichtsdestotrotz finde ich das gut, aber die strukturellen Änderungen fehlen. Und eben auf Bundesebene wäre das möglich, indem man zum Beispiel für gewisse Produkte und für einen gewissen Zeitraum auch Preisdeckel anlegt, wie zum Beispiel in Deutschland über den Gaspreisdeckel gesprochen worden ist. In Graz machen wir das, was wir können, und da ist die SozialCard, denke ich mir, ein gutes Werkzeug, dass man da versucht, die Menschen ein bisschen zu unterstützen und das auch aufmacht. Dankeschön. *(Appl.)*

GRin Derler:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitmenschen! Es ist mir persönlich ein ganz großes Anliegen, dass ich mich hier zu Wort melden darf. Man muss das Thema auch ein bisschen anders beleuchten und ich bin eine Betroffene. Ich habe selber im jungen Alter mein erstes Kind bekommen. Ich war 18 und mein damaliger Partner, der Vater meines Sohnes, ist Schwerstalkoholiker. Insofern Schwerstalkoholiker, dass er nach seinem zweiten Delirium drei Viertel seines Gehirns nicht mehr gearbeitet hat und er seit vielen Jahren in einem Altersheim gepflegt wird. Ich kenne die Seite, absolut am Anschlag zu sein und nicht mehr zu wissen, wie es weitergeht. Aber wissen Sie, was mir geholfen hat? Mir hat geholfen, dass Menschen an mich geglaubt haben und es verhindert haben, dass es eine Abwärtsspirale gibt. Das hat mir geholfen. Das nichts zu tun, muss man ganz ehrlich sagen, keine Struktur zu haben, vieles ohne oder mit zu wenig Einsatz zu bekommen, hat in meiner persönlichen Situation meines Expartners ihn wirklich zu Fall gebracht. Man kommt nämlich in Situationen, wo man nicht faul wird, sondern man hat einfach keine Kraft mehr, etwas zu tun. Ich finde diese Neuerungen zum Teil gut und wichtig, aber ich würde damit sehr vorsichtig umgehen, gewisse Dinge zu leicht zu machen. Das würde ich einmal überdenken. Mein Glück war, dass meine Eltern mich unterstützt haben, das muss ich ganz ehrlich sagen. Menschen in einer Abwärtsspirale, und das habe ich

am eigenen Leib erlebt, aus welchem Grund auch immer, haben sich selbst verloren. Und in der ganzen Angelegenheit bitte ich darum, dass wir die Menschen auffangen auch und die Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Ganz kurz noch, das Ziel muss die Aufwärtsspirale unterm Strich sein, das muss das Ziel sein. Ein noch erleichterter Zugang, um das nur ganz kurz mit meinen Vorworten zu erklären, zu Sozialleistungen mag gut sein, keine Frage, aber erschwert unterm Strich Menschen, aktiv zu werden und ihr Leben selbst wieder in die Hand zu nehmen. Je länger man keine Struktur hat, man das beruhigte Gefühl vom Amt, wo auch immer herbekommt, das einem sehr viel leicht und niederschwellig unterbreitet wird, desto mehr verliert der Mensch den Mut, sein eigenes Leben wieder zur richten. Danke. (*Appl.*)

GRⁱⁿ Unger:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Das war jetzt ein sehr persönlicher und emotionaler Appell von dir, liebe Eva, das verlangt, glaube ich, auch Mut mit der eigenen Geschichte bei einem Thema sich so einzubringen. Ich möchte trotzdem jetzt quasi einen sehr scharfen Schnitt zu einem pragmatischen Thema machen, nämlich zu den Kosten. Es ist jetzt ein paar Mal so angeklungen als wäre es unlauter, danach zu fragen, ob ein Angebot auch leistbar ist. Und auf diesen Aspekt möchte ich mich gern kurz noch konzentrieren. Wir haben bereits in anderen Wortmeldungen gehört, dass Kosten entstehen werden und die Leistungen, die zwischen Energiezuschuss und Weihnachtzuschuss, jetzt einmal sehr grob formuliert, enden werden, werden bei einem zusätzlichen Bezieherkreis von 5.000 bis 7.000 Personen 800.000 Euro bis 1 Mio. Euro ausmachen. Wenn ich den Mittelwert dieser Bezieher-, dieses Bezieherinnenkreises hernehme und die Jahreskarte hernehme, sind das zusätzliche Kosten von ungefähr 1,5 Mio. Euro. Wenn man den Differenzbetrag zwischen der ohnehin bereits gestützten Jahreskarte um 315 Euro hernimmt und die 50 Euro, die für einen Bezieher:innenkreis von ungefähr 6.000 Personen jetzt einmal gerechnet werden. Also wir reden schon von Kosten, auch von Personalkosten, weil das muss ja administrierbar bleiben. Das heißt, das Sozialamt hat

im Moment schon sehr wenig Personal zur Verfügung, um diese Aufgabe zu bewältigen, ist, glaube ich, auch sehr bescheiden in den Forderungen, wenn es um zwei weitere Zählposten geht, aber all das kostet Geld. Und die Frage muss erlaubt sein, nämlich auch aus einem ganz einfachen Grund: Wenn Leute das Gefühl haben, ein Angebot wird ihnen gestellt, dann sollte das auch erfüllbar sein. Das heißt, eine Erwartungshaltung sollte nicht geweckt werden, ohne dass man genauer darüber Bescheid weiß. Deshalb darf ich einfach noch einmal daran erinnern, die Kostenschätzung bei jedem Projekt ist einfach ein wichtiger Faktor, und das muss man auch dazu sagen, dass das eine schwere Zeit für viele Menschen ist, aber auch eine schwere Zeit für Institutionen und Körperschaften. Das heißt, ein sorgfältiger Umgang mit dem Geld hier dient letztlich auch den Menschen. Also ich würde bitten, unser Argument in dieser Hinsicht auch unter diesem Aspekt zu sehen. Wir befürworten selbstverständlich die Hilfe grundsätzlich, aber unter gewissen Bedingungen. Und es ist schon einmal erwähnt worden, dass es vielleicht auch andere Möglichkeiten gibt. Um an das anzuschließen, was Eva Derler gerade gesagt hat, vielen Menschen wäre vielleicht auch mit einer anderen Form von Support geholfen, gäbe es nur zu bedenken. Es ist jetzt nicht so, dass die SozialCard, die wir ja grundsätzlich unterstützen, ein schlechtes Instrument wäre. Ganz im Gegenteil, dazu bekennen wir uns auch; aber ich glaube, es wäre hoch an der Zeit, auch Alternativen zu überlegen, gerade weil es eine anstrengende und herausfordernde Zeit ist und gerade weil eben so ein Angebot nicht alle trifft, die vielleicht Unterstützung benötigen. Es gibt nach wie vor Leute, die aus verschiedensten Gründen durch Arbeit, durch Familienkonstellationen, auch als Einzelpersonen, die Unterstützung in irgendeiner Form brauchen würden und sie dadurch auch nicht bekommen. Das heißt, den Anschluss zu geben und Alternativen zu überlegen, halte ich für höchst legitim. Ich glaube, dass sehr oft Menschen, die ich jetzt gerade beschrieben habe, von denen, die jetzt anspruchsberechtigt sind, oft nur ein sehr kleiner Schritt trennt. Und aus diesem Grund glaube ich, die Ausweitung eines Kreises, man muss ein bisschen vielleicht auch weiterdenken, zielgerichtet addieren, vielleicht auch statt selbstgerecht in dem, was man macht, entlasten und nicht entmündigen, und vor allem sozial im besten Sinn.

Und sozial im besten Sinn heißt, wenn man den Wortstamm anschaut, immer noch, dass es mit der gesamten Gesellschaft zu tun haben muss. Danke. *(Appl.)*

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (14.05 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Es wird Sie wahrscheinlich nicht verwundern, dass ich mir erlaube, jetzt auch zu dem Stück natürlich eine Wortmeldung abzugeben. Wie wohl ich mich noch gut erinnern kann, da bin ich fast in derselben Reihe gesessen wie Sie, liebe Frau Gemeinderätin Derler, im Jahre 1993: Vielleicht zwei Jahre später drauf habe ich einen Antrag eingebracht, Sozialpass haben wir es damals genannt, auf die SozialCard. Ich hätte mir nicht erwartet, dass wir zu dem Stück heute da keine einheitliche Vorgehensweise finden können, aber eines habe ich auch damals gemerkt und da setze ich einfach auf die Zeit, auf die Erfahrung vieler von Ihnen und auch auf Kenntnis, wie es eigentlich den Leuten da draußen wirklich geht. Ihr persönlicher Eindruck, das ist etwas, was ich zutiefst, nicht nur meiner Empathie, sondern auch das unheimlich gut verstehen kann. Glauben Sie mir das, weil ich das seit Jahren von vielen Menschen, die sich selber aus eigener Kraft, Gott sei Dank, weil sie Unterstützung finden konnten in der Familie, bei Freunden, oft nur durch einen guten Rat oder einen Zuspruch, einfach wieder einen Weg aufzuzeigen, weil oft hilft das tatsächlich. Es braucht nicht immer nur finanzielle Hilfe, das ist vollkommen richtig und das weiß ich genau. Aber ich weiß auch, wie lange wir gebraucht haben, und das weiß die Sissi Potzinger sehr gut, sie war auch damals schon im Sozialausschuss, letztendlich um diese SozialCard einzuführen. Warum? Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich die alten Protokolle rausgeholt. Es waren fast ähnliche Argumente, wie Sie heute anführen. Und damals vor allem hat man sich dann durchgerungen, es geht letztendlich ja immer wieder ums gegeneinander Ausspielen und das müssen wir aber verhindern anfangen. Weil genau das in Zeiten wie diesen also das Allerschlechtesten ist. *(Appl.)* Weil, ich weiß nicht, wer das heute gesagt hat, eh

die Kollegin Unger, wir müssen die gesamte Gesellschaft im Auge haben, wir müssen alles dafür tun, dort, wo wir leben, arbeiten und auch politisch Einfluss haben, diesen Zusammenhalt zu fördern. Der Kollege Stadtrat Hohensinner war zusammen mit meiner Vizebürgermeisterin heute unten beim Saubermacher, da war das Thema, aber von einer unerwarteten Seite, nämlich von den Kindern. Die Kinder haben einen absolut runden Blick, die sehen, wie es ihren Eltern geht. Das waren die Kinder aus der Volksschule Schönau und da sind Elternteile drunter, da sind arbeitssuchende Eltern, da sind kranke Eltern, weil sie nicht mehr können, weil sie fertiggefahren sind, da sind Frauen oder auch Eltern, die schwer arbeiten, aber das darf ich ja da nicht sagen als Bürgermeisterin, ich würde sagen einen Scheiß verdienen, wenig verdienen und schwer arbeiten. Und das wissen Sie, Frau Derler, ganz genau, weil Sie haben es selber ja erlebt, Sie wissen, dass man schwer arbeiten kann, heimkommt, hundsmüde ist und eigentlich nur schauen kann, dass man alles, was an Fixkosten da ist, noch bewältigt, und das haben bravouröserweise die Menschen immer geschafft, Gott sei Dank. Und gerade viele ältere Damen und Herren, weil sie schlechte Zeiten erlebt haben, wissen, wie sie knapp haushalten, denen muss man auch gar keine Energiespartipps geben, weil sie das eh gelernt haben. Aber wir haben, und noch einmal, da brauchen wir nicht viel herumreden, Sie wissen das alle selber, umsonst schüttet der Bund auch nicht jetzt Einmalzahlungen aus, warum tut er denn das? Das ist in Wirklichkeit keine strukturelle Hilfe, wie das jetzt von Ihnen da genannt war, das ist eine Einmalzahlung, die de facto ein bisschen hilft. Natürlich, jeder Euro hilft jetzt den Menschen, allen, Berufstätigen, Arbeitssuchenden, Inländern, Ausländern, wie immer sie das ganze Team nennen wollen, Menschen, die bei uns hier leben. Aber es hilft dauerhaft nicht. Dauerhaft helfen Entlastungen, die die Bundesregierung, verzeihen Sie, dass ich das so sage, durchaus angehen könnte, sei es bei Energiekosten oder schlichtweg eine amtliche Preisregelung, weil das alles explodiert. Wie soll denn das gehen, trifft ja Selbständige genauso; die müssen ja auch die Sachen einkaufen, vom Gasthausbesitzer bis zu was weiß ich, Sie wissen das eh. Es ist eine Hilfe, es ist ein Zeichen, Gott sei Dank, das ist ja eine gute Sache, aber dauerhaft helfen nur höhere Löhne und Gehälter, höhere Pensionen, das, was die Leute schwer arbeiten, dass sie sich das sozusagen auch

leisten können, das was sie jetzt an Teuerung haben. Und wir sind da nicht alleine, wir sind auch nicht außerhalb der Gesellschaft, weder in Graz noch in Österreich, und wenn Sie sich ein bisschen umschaun, sind da viele Länder und Städte in Europa, vor allem auch in deutschen Städten, wo dieses Auseinanderdriften viel massiver ist. Und warum ist es bei uns nicht so groß in Graz, Gott sei Dank, weil wir in der Vergangenheit und weil wir auch in der Koalition immer schauen, was können wir selber dazu beitragen. Und wir leisten mit dieser Ausweitung einen ganz wichtigen Beitrag, nämlich damit es nicht zu einer Spaltung und Auseinanderdividiererei kommt, nämlich dass berufstätige Menschen auch die Chance haben, die SozialCard zu bekommen, die ein geringes Einkommen haben. Das ist der Punkt. Auch Selbständige können erstmals jetzt eine SozialCard beantragen. Weil Sie wissen selber, es gibt Einpersonenhaushalte, egal, ob das eine Psychotherapeutin ist, ob das eine Lehrende ist, die das auf selbständiger Basis macht, die haben oft kleine Einkommen. Und wenn sie eine Wohnunterstützung bekommen, dann können sie um die SozialCard ansuchen. Und das ist nicht alles, das wissen wir eh, aber es ist eine Hilfe. Vor allem die MobilitätsCard, die schon angesprochen worden ist, ist eine große Hilfe für die Leute, vor allem auch die Angebote im Freizeitbereich. Das wollte ich Ihnen nur zu bedenken geben. Das ist eigentlich eine Gruppe, der die ÖVP, verzeihen Sie, das hat mit Vergangenheit, immer das Wort geredet hat, dass man die Gruppe oft nicht sieht, bei Transferleistungen oder bei Hilfestellungen. Und deswegen verstehe ich Sie eigentlich nicht ganz. Aber wie immer, da setze ich auf Geduld. Wir haben schon einmal die Erfahrung gehabt, dass es lange gebraucht hat. Ich denke, dass Sie das auch sehen werden, dass das eine Möglichkeit ist, Leuten zur Seite zu stehen und ich finde, da haben wir jetzt in diesen Tagen die Verpflichtung. Und im Übrigen alle Argumente und Fragen sind auch beantwortet worden von der Kollegin Doktorin Fink.

Selbstverständlich haben wir uns, bevor wir so etwas eingeführt haben, auch Gedanken gemacht. Eingeführt wird sie im Übrigen, nur noch einmal zur Wiederholung, am 1.2.2023, weil wir eben gut vorbereitet sein möchten, und der Ansturm oder die Bewältigung wird eben bewusst auch nicht so haarig sein, weil Wohnunterstützung als Basis herangezogen werden wird, und diese Vorprüfung, damit

du diese bekommst, ja schon erfolgt ist. Dann mache ich Schluss, weil ich könnte da viel sagen. Du müsstest mir den Vorsitz übergeben. (Appl.)

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.15 Uhr).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Berichterstatter: StR Hohensinner, MBA

8.25 Stk. 5) A6-079530/2021/0006

**„Kinder- und Jugendstadt Graz“,
Projektgenehmigung für die Jahre
2022-2027**

8.26 Stk. 8) A 8-141816/2021-118

**Amt für Jugend und Familie, „Kinder- und
Jugendstadt Graz“, Projektgenehmigung
über insg. 1,5 Mio. Euro für die Jahre
2022 – 2027**

StR Hohensinner:

Danke, Frau Bürgermeisterin. Das ist ein Stück, wo wir uns, glaube ich, sehr einig sein werden. Gut Ding braucht Weile. Wir haben ja viel diskutiert in den Ausschüssen. Es gibt einen Grundsatzbeschluss vom Februar 2022 und seither hat das Amt für Jugend und Familie wirklich engagiert gearbeitet. Wir haben eine Familienstudie umgesetzt, wo herausgenommen ist, wo man ansetzen sollte. Kinder und Familien haben ja auf sehr viel verzichten müssen in der COVID-Zeit und jetzt ist wichtig, dass wir Möglichkeiten schaffen, dass nachgeholt werden kann, und das Amt für Jugend und

Familie hat aus dieser Jugendstudie drei Schwerpunkte herausgearbeitet, das ist einmal der Bereich Sport, auch kreative Angebote und Freizeit. Der zweite Themenkreis, das ist mehr Beratung, Therapieangebote und dass es Plattformen für mehr Sozialkontakte braucht, und der dritte Bereich ist die finanzielle Unterstützung für Familien. Das war quasi der erste Filter aus der Familienstudie. In der Zwischenzeit habe ich gemeinsam mit der Frau Bürgermeisterin im Sommer den „Sommer des Zuhörens“ ausgerufen. Unterstützung haben wir bekommen vom Kinderbüro FRida & freD und von Fratz-Graz. Die waren jetzt über den Sommer unterwegs in Parks, in der Sommerschule, in Freibädern, und die Kinder zwischen sechs und zehn Jahren haben die Möglichkeit, ihre Ideen einzubringen und ich glaube da sind 600 bis 700 Rückmeldungen bereits gekommen, also ganz tolle Ideen. Da ist das Amt gerade auch daran, das irgendwo auch zu filtern, dass man da Projekt draus machen können, und jetzt ist ab Herbst geplant, dass man auch die Jugendlichen fragt, wo sie eben einen Nachholbedarf sehen. Insgesamt haben wir jetzt für fünf Jahre 1,500.000 Euro vorgesehen, der Prozess läuft ja schon. Mich freut es, dass das Amt für Jugend und Familie, die ja sowieso viel zu tun haben, jetzt auch mit einer Mitarbeiterin verstärkt wird. Da wird auch ein B-Posten bereitgestellt. Insgesamt läuft der Prozess eben 2023 bis 2027, der Prozess hat jetzt schon begonnen, aber er soll bis Ende der Periode laufen. Ich bitte um Diskussionsbeiträge, vielleicht sind jetzt auch wieder ein paar Ideen dabei und ersuche um Einstimmigkeit. Das wäre schön für die Kinder und Jugendlichen. (Appl.)

Ad. 5

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie stellt daher vorbehaltlich der Zustimmung durch den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Es wird die Projektgenehmigung „Kinder- und Jugendstadt“ mit Gesamtkosten für die Jahre 2022 bis 2027 in Höhe von 1,500.000 Euro erteilt.

Projekt	MB 2022	MB 2023	MB 2024	MB 2025	MB 2026	MB 2027
Kinder- und Jugendstadt	150.000,-	300.000,-	300.000,-	300.000,-	300.000,-	150.000,-
MB: Mittelbedarf in Euro						

Die für 2022 – 2027 benötigten Summen werden aus den Mittelfristvorgaben des Amtes für Jugend und Familie bis 2027 zur Gänze abgedeckt.

Ad. 8

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Kinder- und Jugendstadt“ über insgesamt 1,5 Mio. Euro

Projekt	MB 2022	MB 2023	MB 2024	MB 2025	MB 2026	MB 2027
Mittelbedarf	150.000	300.000	300.000	300.000	300.000	150.000

wird erteilt. Die für 2022 – 2027 benötigten Summen werden zur Gänze aus den bestehenden Budgets 2022 und 2023 bzw. den beschlossenen Mittelfristvorgaben des Amtes für Jugend und Familie bis 2027 abgedeckt.

GRⁱⁿ Naghibi:

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger via Livestream und auf der Galerie. Ich möchte meine Wortmeldung vor allem dazu nutzen, um unseren Dank auszusprechen für das Amt für Familie und Jugend für dieses tolle Projekt und die hervorragende Arbeit, die bisher dahingehend schon geleistet worden ist, auch in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern. Ich möchte auch positiv hervorheben vor allem, dass die Partizipation der Kinder und der Jugendlichen, dass das so stark gefördert worden ist. Das ist wirklich großartig. Ebenso positiv darf auch erwähnt werden, dass ja im Sommer dieses Jahres neue Richtlinien zur Kommunikation einstimmig beschlossen worden sind im Gemeinderat. Also konkret meine ich das Kopfverbot, womit auch sichergestellt werden kann in Zukunft, dass über die Werbung, die natürlich notwendig ist, um solche tollen Projekte an Familien zu kommunizieren, sodass sie auch an diesen teilnehmen können, sichergestellt werden kann, dass das Geld ansonsten den Kindern und Familien zukommt und nicht der Politik. Da sind wir uns ja alle einig. Und in diesem Sinne wünschen wir auch weiterhin gutes Gelingen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Appl.)*

StR Hohensinner:

Da möchte ich schon etwas dazu sagen. Also es zeichnet sich eine breite Zustimmung ab, was toll, ist für die Kinder- und Jugendstadt. Ich möchte zur Vorrednerin nur in aller Deutlichkeit sagen, was Sie jetzt hier quasi von sich gegeben haben, geht in eine Richtung, als würden Sie unterstellen, dass im Sportjahr Mittel verwendet wurden oder im Kulturjahr, dass sich Politiker irgendwie ins Rampenlicht gespielt hätten. Also das möchte ich aufs Schärfste zurückweisen. Ja, nicht gesagt, aber in diese Richtung ist

es gegangen und das möchte ich hier nur festhalten. Im Ausschuss war es ja so, dass Sie lang und breit über dieses Thema geredet haben und dann habe ich gefragt, was meinen Sie damit, meinen Sie, dass sich Politiker nicht irgendwie selbst inserieren sollen, da haben Sie gesagt, ja das meinen Sie. Das hat es nie gegeben, das möchte ich nur unterstreichen. Wenn Sie es nicht so gemeint haben, okay, aber für mich ist das so rübergekommen.

Der Antrag (Stk. 5) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag (Stk. 8) wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Katzensteiner

8.27 Stk. 6) A 8-141816/2021-118

**Sozialamt,
Budgetverschiebung über je 225.000 Euro für
2022 und 2023 in die Abteilung f. Bildung und
Integration zur Versorgung ukrainischer
Kinder in Kindergärten**

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Ich darf jetzt ein sehr wichtiges Stück präsentieren. Und zwar es geht um die Versorgung ukrainischer Kinder in unseren Kindergärten. Wie wir alle wissen, sind seit Kriegsbeginn viele Kinder mit ihren Familien aus der Ukraine geflohen und haben unter anderem auch hier in Graz ein zumindest vorübergehendes Zuhause gefunden. Umso wichtiger ist es, dass man diesen Kindern auch Bildungsmöglichkeiten gibt, dass sie einen Anschlusspunkt finden können und dass die Eltern auch am Arbeitsmarkt reüssieren können hier bei uns. Und deswegen ist es besonders wichtig, dass diese Kinder Plätze in unseren Kindergärten haben. Da nicht abzusehen ist, wie lange der Krieg noch dauern wird und wir nicht wissen, wie viele Kinder hier noch zu uns

kommen, soll die Möglichkeiten geschaffen werden, bei Bedarf neue Kindergartengruppen quasi zu eröffnen. Aus diesem Grund ist es besonders erfreulich, dass das Sozialamt eine Budgetverschiebung in Höhe von jeweils 225.000 Euro für die Jahre 2022 und 2023 in die Abteilung für Bildung und Integration beantragt hat.

Aus diesem Grund stelle ich im Namen des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den Antrag, dass der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 und 2023 wie folgt abgeändert wird: Und zwar ergibt sich ein Minus 2022 und 2023 von jeweils 225.000 Euro im Sozialamt und ein Plus von 225.000 Euro für die Jahre 2022 und 2023 in der Abteilung für Bildung und Integration. Und ich hoffe für dieses wichtige Stück, dass es da eine große Zustimmung gibt. Dankeschön. (Appl.)

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 und 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022	FVA 2023	EVA 2023
150	426500	1.728000		Entgelte für sonstige Leistungen	D.150020	-225.000	-225.000	-225.000	-225.000
340	426500	1.728000	23400060	Ukraine-Flüchtlingshilfe / Entgelte für sonstige Leistungen	D.340030	+225.000	+225.000	+225.000	+225.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada

8.28 Stk. 9) A 8/4-0128043/2021

**Am Fichtengrund,
Verkauf des GST. Nr. 3/32, EZ 50000, KG
63109 Baierdorf, im Ausmaß von 72 m² nach
Auflassung aus dem Öffentlichen Gut der
Stadt Graz**

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Bei diesem Grundstück handelt es sich um eine Straßenanlage und ist ein Teil „Am Fichtengrund“. Der Vertrag ist beigelegt, das können Sie dem entnehmen, ich werde nur den Antragstext verlesen: Der Verkauf des Grundstücks in Baierdorf im Ausmaß von 72 m² um pauschal 5.000 Euro an Herrn Dr. Helmut Marko wird zu den Bedingungen des beiliegenden Kaufvertrages und vorbehaltlich des für die Auflassung des Grundstückes aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt daher den

Antrag

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Verkauf des GST Nr. 3/32, EZ 50000, KG 63109 Baierdorf im Ausmaß von 72 m² um pauschal EUR 5.000,- an Herrn Dr. Helmut Marko wird zu den Bedingungen des beiliegenden Kaufvertrages und vorbehaltlich des für die Auflassung des Grundstückes aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz nach notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, eine kurze Wortmeldung zu einem kurzen Stück Straße. Wir haben uns diese Sache etwas genauer angesehen und man muss auch dazusagen, der Verkauf an sich zwischen Stadt und Dr. Marko ist ja nicht in irgendeiner Weise zu kritisieren, es sind nur die Folgen für die Bewohner und die Anrainer, die sich daraus ergeben, doch insgesamt als negativ zu bewerten. Wenn man sich ansieht, welche Dienstbarkeiten bis dato im Grundbuch eingetragen sind, so manche Eigentümer bereits diese Dienstbarkeiten eingetragen haben, andere nicht. Der Dr. Marko erklärt sich da bereit, diese auch eintragen zu lassen, aber natürlich auf Kosten der Anrainer, auf Kosten der Grundstückseigentümer. Des Weiteren wird ja dort noch gebaut, wir haben uns das vorher angesehen, es wird ein sehr großes Wohnprojekt. Auch dort wird es im Zuge dessen weitere Kosten geben für die betroffenen Grundeigentümer, die daran grenzen. Was man auch sagen muss, die Organisation der Straßenerhaltungsmaßnahmen und auch der Räumungen von Schnee im Winter und dergleichen wird in Zukunft dann auch gänzlich dem Dr. Marko obliegen und fürchten da die Anrainer, aus unserer Sicht zu Recht, dass damit natürlich eine ganz andere Kostensituation entstehen könnte. Das geben wir zu bedenken. *(Appl.)*

StR Eber:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Klubobmann. Selbstverständlich verstehe ich die Bedenken der Anrainerinnen und Anrainer dort. Ich kann aber, und das nach Rücksprache natürlich auch mit unserer Immobilienabteilung, sagen, es ist vertraglich alles so vereinbart, dass es zu keinen Verschlechterungen für die Anrainerinnen und Anrainer kommen wird. Es ist vertraglich alles so vereinbart, dass sie alles, was bisher möglich war sie dort natürlich machen können, also die ganzen Servitutsrechte werden mit Hilfe dieses neuen Verkaufsvertrages natürlich zu 100 % übernommen, sodass keiner und keine von den Anrainerinnen und Anrainern da Verschlechterungen befürchten muss. Also das war natürlich auch uns ein sehr großes Anliegen, dass man darauf geschaut hat und das ist

eben auch in diesen Vertrag miteingeflossen. Danke an dieser Stelle an die Immobilienabteilung. Danke. (Appl.)

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen GR Pascuttini, GRⁱⁿ Schleicher und GR Günter Wagner) angenommen.

Berichterstatter: GR Zirngast, BA

8.29 Stk. 14) A 10/6-73154/2022 Neubenennung Anna-Cadia-Platz

GR Zirngast:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuseher:innen. Ich darf dieses kurze, aber sehr schöne Stück berichten. Der Park, ein kleiner Abschnitt in etwa Alte Poststraße/Dreierschützengasse, also versetzt nach hinten bei der Smart City, soll neu benannt werden in Anna-Cadia-Park. Ganz kurz, wer war Anna Cadia? Sie wurde am 18. Dezember 1903 als Kind einer Arbeiter:innenfamilie in Graz geboren und hat schon sehr früh gearbeitet, unter anderem auch in bürgerlichen Haushalten, wo ihr Talent, mit Kindern zu arbeiten, hervorgetreten ist und sie sozusagen auch dann eine Ausbildung als Fürsorgerin gemacht hat in Graz. Sie hat dann eine längere Zeit in Leoben, in Donawitz, als Fürsorgerin gearbeitet. Seit 1933 war sie Mitglied der KPÖ, wurde aufgrund dieser Parteimitgliedschaft 1934 von ihrer Stelle entlassen. 1940, es hat mehrere Verhaftungen gegeben, aber vor allem 1940 wurde sie für zweieinhalb Jahre verhaftet wegen ihrer politischen Tätigkeit und nach Ablauf dieser Haftstrafe dann, wie das oft passiert ist im Naziregime, direkt in das KZ Ravensbrück überstellt, wo sie dann am 30. April 1945 mit 10.000 anderen Frauen auf einen Todesmarsch gegen Osten geschickt wurde. Aber es ist ihr die Flucht gelungen und sie hat so überlebt und dann Mitte 1945 wieder nach Graz zurückgekehrt hat sie die Leitung des Grazer Kinderheims Pestalozzi

übernommen. 1948 wurde sie auf eigenen Wunsch in den städtischen Fürsorgedienst des Jugendamts überstellt und wurde 1964 pensioniert. Sie starb am 13. Mai 2001. Die KPÖ hat seit 2009, vor allem die Kollegin Uli Taberhofer, immer wieder Anträge gestellt, dass ein Park oder eine Straße nach Anna Cadia benannt werden soll und jetzt ist eben dieser Antrag vorliegend. Der Bezirksrat Lend und auch das Kulturamt wurden angehört und haben sozusagen dem zugestimmt, der Bezirksrat Lend auch einstimmig. In diesem Sinne stelle ich den Antrag, dass der Gemeinderat beschließen möchte, dieses Grundstück nach Anna Cadia zu benennen. Bitte um Zustimmung. Dankesehr.
(Appl.)

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1.) Der Park im Bezirk Lend bestehend aus dem Grundstück 1125/10 KG 63104 Lend wird benannt in

Anna-Cadia-Park.

2.) Die Beschaffung und Anbringung der Benennungstafeln erfolgt durch die Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH Spartenbereich Stadtraum.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich möchte noch persönlich anmerken – ich habe diese ältere Damen mit 101 Jahren noch kennenlernen dürfen. Sie hat ein wunderschönes, Gott sei Dank, auch nach diesen schweren Jahren, ein schönes Alter erreicht und ich möchte Ihnen da auch ganz herzlich danken für die Zustimmung. Weil sie hat ein weit über unsere Kreise einen sehr guten Namen bei vielen als Kollegin gehabt, aber auch für das, dass sie sich für Kinder eingesetzt hat aus sehr einfachen Verhältnissen damals.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Berichterstatter: GR DI Topf

**8.30 Stk. 16) A 14-070647/2021/0014 05.43.0 Bebauungsplan
„Stadlgasse – Lagergasse – Hermann-Bahr-
Gasse – Rankengasse“,
V. Bez. KG 63105 Gries**

GR DI Topf:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, so sie noch vorhanden sind, und per Livestream. Hier geht es um den 05.43.0 Bebauungsplan im Bereich der Stadlgasse – Lagergasse – Hermann-Bahr-Gasse – Rankengasse im Bezirk Gries. Ganz kurz zur Ausgangslage: Mit Schreiben vom 5.5.2020 ersuchte die Modern Viventum GmbH als Eigentümer der Liegenschaften, die im Stück angeführt sind, um die Erstellung eines Bebauungsplanes.

Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan ist dieser Bereich als „Kerngebiet mit Allgemeinem Wohngebiet (Nutzungsüberlagerung) mit einer Bebauungsdichte von 0,8 – 2,0 bzw. 0,8 – 2,5 ausgewiesen. Gemäß Deckplan 1 befindet sich der Bereich innerhalb der bebauungspflichtigen Zone. Wir haben hier natürlich auch das Verfahren entsprechend durchgeführt. Es ist zu erwähnen, dass eine öffentliche Informationsveranstaltung am 31. Mai dieses Jahres im Geriatrischen Gesundheitszentrum abgehalten wurde. Es sind vier Einwendungen und vier Stellungnahmen eingelangt, die alle im Stück und auch gestern im Ausschuss entsprechend berichtet wurden, und auch die entsprechenden Einwendungserledigungen sind gestern zur Kenntnis genommen worden. Ich darf daher zu den Änderungen gegenüber dem Auflageentwurf kommen, es sind doch einige Änderungen hier durchgeführt worden aufgrund der Einwendungen und Stellungnahmen. Erstens im Verordnungstext betreffend die Baufelder, das war der § 3, dann natürlich auch im Planwert entsprechend hier die Gebäudetiefen, die hier geändert wurden bzw. nochmals klar dargestellt wurden. Ebenso im Erläuterungsbericht, der hier in den §§ 5, 6 und 7 bzw. im Inhalt des Bebauungsplans die Frei- und Grünraumgestaltung festlegt, das ist sehr wichtig, hier noch einmal ganz

klar die Definition klargestellt hat, was sozusagen Umfeld im Sinne des Baumbestandes hier gemeint war. Dieser Bebauungsplan wurde gestern im Ausschuss besprochen und hat Zustimmung erhalten. Ich darf daher namens des Ausschusses folgenden Antrag stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen erstens den 05.43.0 Bebauungsplan „Stadlgasse – Lagergasse – Hermann-Bahr-Gasse – Rankengasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und zweitens die Einwendungserledigungen. Bitte um Annahme dieses Bebauungsplanes.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verkehr-, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 05.43.0 Bebauungsplan „Stadlgasse – Lagergasse – Hermann-Bahr-Gasse – Rankengasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic

**8.31 Stk. 17) A 14-38878/2021/0010
erhöhte Mehrheit**

**4.06 Flächenwidmungsplan
der Landeshauptstadt Graz – 6. Änderung**

GR Dr. Piffli-Percevic:

Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen. Wir kommen zu einem Stück, das mit einer, im Fall der Zustimmung, 2/3-Mehrheit zu beschließen ist. Das ist schon der erste Hinweis, dass es sich um eine Raumordnungsmaterie handelt, und zwar um einen der seltenen Fälle: Änderung des bestehenden Flächenwidmungsplanes. Außerhalb einer Revision kann bei geänderten Planungsvoraussetzungen so etwas vorgenommen werden. Es geht um eines der beiden großen innerstädtischen Entwicklungsgebiete Reininghaus und eben die Smart City. Und es bewegt sich dieser Vorschlag des Stadtplanungsamtes natürlich innerhalb des bestehenden Masterplans Smart City – Waagner Biro und auch innerhalb des geltenden Stadtentwicklungskonzeptes. Es geht, um geographisch jetzt genauer hinzufinden, um den Bereich um die Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 6. Ein Vorsitzender im Planungsausschuss hört da mehrfach interessiert zu. Unmittelbar nördlich davon befindet sich ein Gewerbegebiet und unmittelbar westlich davon, westlich der Waagner-Biro-Straße und nördlich der Peter-Tunner-Gasse, um diese beiden Gewerbegebiete, die nördlich 7.000 m² und westlich um den Stahl Eberhardt, vormals auch dort die Firma Pakos mit der Ausstellungshalle, geht es immerhin um 2,2 Hektar, also in etwa um 3 Hektar, die gemäß des Entwicklungsplans Smart City eben jetzt auch aufgrund der neuen Situation, und der geänderte Planungsstand ist eben die Fertigstellung der Straßenbahn jetzt dort und die Absiedelung der Firma Stahl Eberhardt. Es gibt auch bereits einen Abbruchbescheid für diese Halle. Ein ganz wesentlicher Punkt, warum dort, noch einmal hinzufinden und die Bedeutung des Bereiches hervorzuheben, ist der Nikolaus Harnoncourt-Park, den wir hier nicht nur namentlich beschlossen haben, sondern auch eben als über ein Hektar große zusammenhängende Grünfläche beidseits der Waagner Biro-Straße beschlossen

haben. Ich möchte das deswegen noch einmal extrapolieren, weil immer wieder höre, Smart City, das ist eine Betonwüste usw. Ein Bau, ein derartig ehrgeiziges Bauvorhaben rund um eine Industriehalle, die List-Halle, und um den Science Tower mit wirklich Leuchtturmfunktion für die Entwicklung eines ganzen Stadtteiles ist natürlich auch mit einer Parkfläche, so wie Reininghaus, dort ist der Reininghauspark 3,3 Hektar, und hier ist der Park 1,1 Hektar. Auch von Architekten, von Stadtentwicklern höre ich: „Das ist eine einzige Betonwüste.“ Es braucht natürlich eine Zeit, bis auch eine solche Grünfläche errichtet wird. Und genau diese Bebauungsplanpflicht, die wir jetzt über dieses Gewerbegebiet legen, ermöglicht unter anderem auch die Größe dieses Nikolaus-Harnoncourt-Parks, diese Fläche wird tendenziell mit diesem Bebauungsplan gesichert. Also es besteht wirklich Grund zur Freude und ich bitte auch, weil hier natürlich auch bei vielen Bebauungsplananhörungen natürlich besorgte Bürger sind, auch dieses positive Argument für die Stadtentwicklung, und das ist hier bitte, das möchte ich festhalten, keine Greenfield Development Grünflächen da, sondern es ist im engsten Sinn ein Brownfield Development, das heißt, die ganze Smart City ist im Prinzip die Überführung eines ehemaligen Industriegebietes in ein Wohn- und Bürogebiet, und natürlich auch Geschäfte sind dort möglich und eben auch wie hier Gewerbe. Ich ersuche daher, da eben, wie gesagt, die Weiterentwicklung und auch die Möglichkeit der Vollerrichtung des Nikolas-Harnoncourt-Parks mit dieser Bebauungsplanpflicht, die wir hoffentlich beschließen werden, das ist der einzige Inhalt dieser Änderung des Flächenwidmungsplanes, dass das Ihre Zustimmung erfährt. Ich darf mich heute bei der Abteilung Grünraum noch einmal versichern, diese 1,1 Hektar werden, nächstes Jahr wird begonnen im Sommer mit dem Teil des Nikolaus-Harnoncourt-Parks östlich der Waagner-Biro-Straße, nördlich vom Science Tower, und dann im darauffolgenden Jahr, wenn das alles jetzt greift, was wir beschließen, werden auch die Grundflächen für den Park zum Teil bereits im Eigentum der Stadt stehen, aber nicht zur Gänze. Hier sind noch Verhandlungen mit diesen Gewerbegebietsinhabern erforderlich. Dann nimmt das Form, Gestalt, und zwar grüne Gestalt, an. Ich ersuche Sie daher, diesem Amtsvorschlag, der auch im Ausschuss

einstimmig beschlossen wurde, auch hier Ihre Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank.
(Appl.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Sikora

**8.32 Stk. 21) FIF-BGM-0437/2022-0002 Genehmigung einer 2-jährigen Förderung
für die Jüdische Kultusstiftung,
1.200.000 Euro**

GR Sikora:

Werte Kollegen und Kolleginnen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Wie die Frau Bürgermeisterin schon gesagt hat, ein Stück, ein sehr wichtiges Stück meines Erachtens aus dem Amt der Bürgermeisterin. Hier geht es um die Genehmigung einer 2-jährigen Förderung für die Jüdische Kultusstiftung, Errichtung eines jüdischen Kulturzentrums bei der Synagoge Graz, und zwar um eine Förderung in der Höhe von 1,2 Mio. Euro, aufgeteilt auf die Jahre 2022 und 2023. Wie die Kollegin Unger in der Fragestunde auch schon kurz angesprochen hat, ist das eine der ersten Maßnahmen nach dem Übergriff und den Anschlägen auf die Synagoge und auch ihren Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz. Im Anschluss an die Anschläge eben, an den Präsidenten und an die Synagoge der jüdischen Gemeinde Graz im August 2020 wurden seitens der Landeshauptstadt Graz mit der Jüdischen Gemeinde Graz mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Antisemitismusprophylaxe besprochen. Im Ergebnis wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgestellt, das vor allem neuartige pädagogische Maßnahmen für Kinder und Erwachsene zum Inhalt hat. Teil des Antisemitismus-Aktionsplanes bildet die Errichtung eines jüdischen Kulturzentrums mit dem Ziel, durch Kulturvermittlung Antisemitismus zu begegnen. Die Finanzierung eines jüdischen Kulturzentrums trägt auch dem Umstand Rechnung,

dass die Jüdische Gemeinde Graz seit einer Vielzahl von Jahren mit einem facettenreichen und anspruchsvollen Kulturprogramm in der steirischen Gesellschaft präsent ist, welches mit ihren Projekten zuletzt auch internationale Beachtung gefunden hat, aber auch an seine räumlichen und inhaltlichen Grenzen gestoßen ist. Das Projekt dient der Wissensvermittlung und um die Kultur des Judentums und in diesem Sinne auch der 2019 an die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gerichteten Empfehlung der Kommission der Europäischen Union: „Antisemitismus in Europa wirksam bekämpfen – Herausforderungen und Maßnahmen“ der Antisemitismusbekämpfung und -prävention. Ganz kurz, der Finanzbedarf für die Errichtung des Jüdischen Kulturzentrums liegt bei 1.200.000 Mio. Euro. Die Planung wurde von der GBG durchgeführt, auch die Umsetzung. Ganz wichtig, die Finanzierung erfolgt zur Hälfte von der Stadt Graz, und zwar vom Amt der Bürgermeisterin und vom Land Steiermark (Mitteln aus Bedarfszuweisung), welche ebenfalls vom Amt der Bürgermeisterin dann zur Auszahlung gebracht wird. Förderungszeitraum: 1.9.2022 bis 31.12.2023. Der für die Vorberatung zuständige Stadtsenat stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Diesem Bericht entsprechend wird für den Förderungsgegenstand „Jüdisches Kulturzentrum Graz“ eine Förderung in Höhe von 1.200.000 Euro gewährt. Ich bitte um Annahme. *(teilweise Appl.)*

Originaltext des Antrages:

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:
Diesem Bericht entsprechend wird für den Förderungsgegenstand „Jüdisches
Kulturzentrum Graz“ eine Förderung in Höhe von 1.200.000 Euro gewährt.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner

**8.33 Stk. 35) A 23-000786/2021/0047 Dekarbonisierungsstrategie Fernwärme
Großraum Graz und Projekte zur
Energetischen Reststoffverwertung
„Energiewerk Graz“ sowie Energetischen
Klärschlammverwertung in Gössendorf**

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich darf die Berichterstattung machen, weil das ist ein Stück, das mir ein großes Anliegen ist. Nicht nur mir, sondern auch allen Beteiligten in der Koalition. Wir haben die energetische Reststoffverwertung sehr lang und ausgiebig diskutiert und auch sozusagen alle anderen Formen der Dekarbonisierung und der Aufbringung von Fernwärme ist grad in Zeiten wie diesen, nämlich zum einen quasi aufgrund natürlich der Klimakrise und allen notwendigen Klimaschutzmaßnahmen, die wir machen müssen, wichtig, zum anderen auch aufgrund der Energiekrise, die wir haben wegen des Kriegs in der Ukraine und der Energieversorgung im Gesamten, und deswegen bin ich sehr dankbar für dieses Stück und natürlich auch allen Beteiligten, vor allem sind es Experten in dem Fall im Umweltamt, die uns da wirklich nachhaltig und anhaltend mit ihrer Expertise unterstützen, weil dieses ganze Vorhaben ja kein ganz banales ist. Deswegen freue ich mich, dass wir dieses umfangreiche Stück zur Dekarbonisierungsstrategie Fernwärme Großraum Graz und einhergehende Projekte zur energetischen Reststoffverwertung, wir nennen es jetzt das Energiewerk Graz, aber auch zur energetischen Klärschlammverwertung in Gössendorf, vorliegen haben zusammen mit allen Formen der Abwärme, die wir in Zukunft ja auch weiterhin gewinnen wollen, Stichwort Sappi und auch die Marienhütte, die, wie Sie ja alle wissen, einen gesamten Stadtteil, nämlich Reininghaus, mit Abwärme versorgt. Das heißt, es ist ein schönes Stück Zukunft, das wir da auf den Weg bringen mit sehr viel Arbeit und sehr vielen Beteiligten und ich freue mich, dass wir das auch einstimmig im Umweltausschuss schon diskutiert haben bzw. abgestimmt haben und auch, dass ich das jetzt einbringen kann. Danke. *(Appl.)*

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die „Dekarbonisierungsstrategie Fernwärme Großraum Graz“ (Kapitel 2 des vorliegenden Motivenberichts) wird zur Kenntnis genommen.*
- 2. Die Projekte zur Energetischen Reststoffverwertung „Energiewerk Graz“ (EWG) sowie Energetische Klärschlammverwertung in Gössendorf“ (EKV) (Kapitel 3 des vorliegenden Motivenberichts) werden zur Kenntnis genommen.*
- 3. Die Dekarbonisierungsstrategie Fernwärme Großraum Graz in der Fassung vom 10.5.2022 (Anlage 1) wird gemäß GR-Antrag Nr. 88/22 „Energiewende in Graz“ (GR-Beschluss vom 28.4.2022) zustimmend zur Kenntnis genommen. Vor der tatsächlichen Umsetzung der in der Dekarbonisierungsstrategie vorgesehenen wesentlichen Vorhaben wird das in § 20 HHOG (Haushaltsordnung in der Landeshauptstadt Graz) vorgesehene Verfahren durchgeführt. Sollte das Vermögen der Stadt Graz bzw. der Holding in dem im Statut genannten Ausmaß betroffen sein, wird dem Gemeinderat jeweils ein entsprechender Entwurf des Planungs- bzw. Vorhabensbeschlusses vorgelegt.*

GRⁱⁿ Herlicska:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause. Da ist zurzeit keiner mehr anwesend – schade. Ich freue mich, dass ich heute zu einem historischen Stück eine Wortmeldung machen darf. Ich habe diese Dekarbonisierungsstrategie, die wir da dankenswerterweise wunderbar vom Umweltamt aufbereitet bekommen haben, jetzt schon einige Male gelesen und ich muss sagen, ich habe das immer aus drei Perspektiven gelesen. Einmal als Grazerin, einmal als Gemeinderätin und als Vorsitzende vom Energie- und Umweltausschuss und einmal als ausgesprochener Versorgungs- und Infrastruktur-Nerd. Das muss ich zugeben, da machen mir solche Dinge besonders viel Spaß. Ich habe mir ein paar Sachen aus dieser Dekarbonisierungsstrategie rausgeschrieben, die

mich schon beeindruckt haben, und zwar die Menge an Müll, die dann in unserem zukünftigen Fernwärme- oder Energiezentrum verwertet werden wird, und zwar sind das 103 Kilotonnen aus dem Großraum Graz, davon sind 90 Kilotonnen direkt von uns aus Graz. Das heißt, das Kraftwerk ist auch so ausgelegt, dass wir keinen Müll importieren müssen und so ausgelegt, dass wir auch unsere Recyclingquoten halten werden können. Das heißt es ist wirklich nachhaltig und gescheit ausgelegt und nicht auf Gewinnmaximierung, sondern auf das ausgelegt, was wir an Wärmebedarf damit in Graz dann abdecken können mit dem Müll, den wir jetzt und in Zukunft produzieren werden. Dazu kommt, dass der Müll, der eben nicht angekauft werden muss, sondern schon bei uns einfach anfällt, mit unser aller Wegwerfverhalten, dass der nicht mehr abtransportiert werden muss. Dadurch ersparen wir uns, ich glaube es heißt 1 Mio. LKW-Kilometer im Jahr. Das ist gar nicht wenig und das ist auch für die Anrainerinnen und Anrainer um das Kraftwerk herum eine große Erleichterung, weil dadurch wirklich so viele LKW-Fahrten nicht mehr stattfinden werden und wir vor Ort zentral im Sinne der Kreislaufwirtschaft wirklich unseren Müll verwerten können. Und auch ein schöner Punkt, was das betrifft, es ist ja nicht gratis, diesen Müll, den wir jetzt haben, irgendwo wem umzuhängen, das verursacht auch Kosten. Und wenn man sich die Dekarbonisierungsstrategie durchliest, findet man einen schönen Satz: Die Kosten, die wir uns durch das Abtransportieren des Mülls ersparen, schaffen es, dass dieses Kraftwerk innerhalb von 17 Jahren amortisiert werden sein wird. Das heißt, wir haben auch hier einen großen Vorteil, dass sich die Errichtung so finanziert mit etwas, das wir nicht mehr machen müssen. Und dadurch erreichen wir dann hoffentlich möglichst bald diesen 20 % Bedarf der gesamten Fernwärmeaufbringung in Graz. Und ich freue mich, wenn sich, so wie im Ausschuss, auch hier im Gemeinderat ein zustimmendes Verhalten dieses Berichts ergeben wird. Ich bitte euch da alle zuzustimmen, wohlwollend, das ist eine ganz tolle Sache, die wir da vorhaben, und zwar ist die wirklich hochgradig regional wertschöpfend, sie ist zukunftsbewusst und was wir auch in Anbetracht der momentanen Krise noch viel bewusster haben werden, wir sind unabhängig, wir schaffen dadurch Freistabilität und ein leistbares Heizen für Graz. Also ich bitte euch um eure Zustimmung. Dankeschön. (Appl.)

GR DI Topf:

Werte Vorrednerin! Ich möchte mich dem anschließen. Vielleicht noch ein paar Begrifflichkeiten, die wichtig sind. Wir reden über ein Energiewerk, sollten aber schön langsam sozusagen mit der betroffenen Bevölkerung, ich nenne da die Bezirke Gries und Puntigam, schon darüber reden, dass es um eine Abfallvermeidungsanlage geht, also den Begriff Müll lassen wir weg, der ist schon lange passé, sondern es ist Abfall. Schon richtig dargestellt, aus welchem Bereich das kommt, wir nehmen das Wort Energetische Reststoffverwertung an, aber ich würde schon meinen, dass wir in der Kommunikation, ich sage das aus leidiger Erfahrung. Vor vielen, vielen Jahren haben wir in dem Bereich ja schon über eine Müllverbrennung gesprochen, ich war da gerade auf dem Weg in den Bezirksrat Gries. Also ich möchte bitten, dass wir relativ zeitnah also mit der betroffenen Bevölkerung, mit den Bezirksvertretungen über dieses Werk sprechen. Ich kann oder würde vorschlagen, wenn wir den Ressourcenpark jetzt im Herbst eröffnen, dass man vielleicht dort schon möglicherweise auf Fragen der Bevölkerung entsprechend fachlich eingehen kann. Ich würde das als Vorschlag machen. Ich denke, der Ressourcenpark wird irgendwann jetzt im Herbst der Öffentlichkeit vorgestellt werden, es wird einen Tag der offenen Tür geben, und da könnte man, das wäre mein Vorschlag, schon mit der Bevölkerung in Kontakt kommen, weiters das eine oder andere schon vorstellen, damit man sozusagen auch den Weg bereitet. Wir müssen ja damit rechnen, dass es ein umfangreiches UVP-Verfahren geben wird, wo der Terminus Energiewerk nicht vorkommt, ich sage das nur aus fachlicher Sicht, sondern wir sprechen von einer thermischen Verwertung. Thermische oder energetische Reststoffverwertung lasse ich noch zu, aber der Begriff Energiewerk wird in keinem Bescheid vorkommen, ich sage es nur jetzt schon dazu, damit wir wirklich vorbereitend die Bevölkerung auf das einstellen, das also auf uns dankenswerterweise zukommen wird. Also bitte um breite Einbindung der Bevölkerung und möglicherweise schon um eine Vorinformation im Zuge der Eröffnung des Ressourcenparks in der Sturzgasse, das wäre eine gute Gelegenheit. Danke. *(Appl.)*

KO GR Dreisiebner:

Ja, vielleicht nur als kurze Antwort auf den geschätzten Kollegen GR Topf. Es ist sehr wohl so, dass die Bezirksräte aus den Teilen der betroffenen Bezirke schon eine Informationsrunde hatten. Viele Fragen, die eingebracht worden sind, soweit ich das jetzt weiß, auch zur Zufriedenheit der anwesenden Bezirksratsfraktionen und -vertreter:innen beantwortet werden konnten, und ja, natürlich werden wir, wenn genügend an vorbereiteter Arbeit, um über das Projekt ausreichend gut sprechen zu können, die Menschen informieren, die Beteiligungsformate starten. Ich denke, diese Koalition beweist, glaube ich, jetzt seit etwa 9 Monaten, dass wir es mit der Beteiligung, glaube ich, doch sehr ernst nehmen und das auch wirklich einlösen, was von den Menschen erwartet wird und was wir noch versprochen haben. Vielen Dank.
(Appl.)

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag^a Schwentner:

Danke für die vielen Wortmeldungen, ich kann mich dem nur anschließen. Wir nehmen das ernst. Wir nehmen natürlich Bedenken und Sorgen, grad der Anrainer:innen, sehr ernst und haben die Gespräche schon geführt. Wir werden sie auch weiterhin führen, gerade was die Infrastruktur dort anbelangt. Der Ressourcenpark wäre Anlass, da müsste ich jetzt mit der Frau Loidl, die das Ganze plant, auch noch einmal Rücksprache halten, ob das da reinpasst ins Programm, weil es ist schon relativ fortgeschritten, glaube ich, aber ich nehme es auf jeden Fall mit. Insgesamt möchte ich wirklich betonen, dass da ein sehr großes Stück, deswegen ich mag den Namen Energiewerk sehr, weil das, auch wenn es ein Name ist, nicht in den Verfahren und sonstigen Unterlagen dann vielleicht vorkommt, aber es braucht einen Namen und es hat jetzt einen guten Namen. Wir bringen da was sehr Großes auf den Weg, nämlich in Richtung Energieunabhängigkeit für die Stadt im einen, im Ausbau unserer Wärme und Fernwärme im Besonderen, und natürlich auch ein riesiges Stück Klimaschutz, und da ist uns wirklich etwas gelungen.

Danke, dass das so breit mitgetragen wird und dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen. Insofern eine schöne Sache. Danke. (Appl.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Potzinger

**8.34 Stk. 36) ABI-002631/2003/0322 Fördermodell Kinderbildung und
-betreuung,
Nachmittagsbetreuung für die am
städtischen Tarifmodell teilnehmenden
Betreiber,
Betreuungsjahr 2022/2023**

GRⁱⁿ Potzinger:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ein wichtiges Stück in Zeiten wie diesen, wo Personal in den Betreuungseinrichtungen so knapp ist, dass es zu echten Engpässen gekommen ist und tatsächlich einige Ganztagsgruppen nicht mehr im vollen Zeitrahmen als Ganztagsgruppe geführt werden können. Dankenswerterweise hat das Amt für Jugend und Familie hier ein großartiges Modell ausgearbeitet, ein Fördermodell Nachmittagsbetreuung in Form von Halbtage plus, dass es am Nachmittag sehr wohl auch für die Familien, wo die Eltern erwerbstätig sind, die notwendige Betreuung in der Einrichtung gibt. Und zwar auch unter Zuhilfenahme des vom Landesgesetzgeber vorgesehenen Modells der Nachmittagsbetreuung auch mit Betreuer:innen, dass nicht unbedingt eine Pädagogin anwesend sein muss, und eine kleine Gruppe ist bis zu fünf Kindern mit einer Betreuerin, bis zu 10 Kindern 2 Betreuer:innen. Wir haben das im Ausschuss ausführlich diskutiert und mit dem nochmaligen Dank an das Amt für diese wirklich großartige Leistung, dieses dankbare Modell ausgearbeitet zu haben, das wirklich jetzt sicherstellt, dass alle Kinder, die ganztägig betreut werden müssen, auch

einen Betreuungsplatz haben. Ich ersuche dem Motivenbericht entsprechend, dass wir heute beschließen, dass dieses Fördermodell städtisches Tarifsystem Tarifgleichstellung Nachmittagsbetreuung so angenommen wird, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass es dort die Zuzahlung gibt auch für die privaten und kirchlichen Anbieter, die eine Sozialstaffel haben und dass die Sozialstaffel bei den Elternbeiträgen auch da entsprechend adaptiert wird. Ich bitte um Annahme. (Appl.)

Originaltext des Antrages:

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Fördermodell Kinderbildung und –betreuung betreffend die
Nachmittagsbetreuung für die am städtischen Tarifmodell teilnehmenden Betreiber
sowie dem neuen Vertrag „Städtisches Tarifsystem – Tarifgleichstellung/
Nachmittagsbetreuung“ entsprechend dem Muster in der Anlage für das
Kinderbetreuungsjahr 2022/2023 wird zugestimmt.*

GRⁱⁿ Naghibi:

Sehr geehrter Stadtsenat, Kollegen und Kolleginnen, wertetes Publikum. Seit 30 Jahren jetzt spricht das elementarpädagogische Personal über all diese Forderungen, über die schlechten Rahmenbedingungen, gibt konstruktive Problemlösungsstrategien, steht hilfreich dort, da wo es eigentlich nicht der Verantwortungsbereich wäre, weil es seitens der Politik einfach nicht wahrgenommen wird und wurde dem gehört? Nein, über 30 Jahre lang nicht. Seitens der Gewerkschaft, über Jahrzehnte herangetragen, der Bildungsstadtrat selbst hat auch davon Gehör bekommen, seit 2014 im Amt, wurde der Gewerkschaft gehört, nein. Und jetzt haben wir dieses Problem und diese Krise, und das muss man einmal in aller Deutlichkeit sagen, ist eigentlich nur passiert, weil es schon seit Jahren auf politischer Ebene ein Bildungsmonopol gibt zwischen Stadt Graz und dem Land Steiermark. Ich frage mich, ob wir überhaupt heute diese Debatte hätten, wäre dem nicht so. Dass wir zum heutigen Tag, alle Anwesenden, diesem Stück

zustimmen müssen, wo ich mich doch wundern muss, dass nur ein Dank seitens dem ABI zum Ausdruck gebracht worden ist, eigentlich müsste man sich entschuldigen, braucht auch jeder Schaden eine Entschädigung, und es liegt sicher nicht daran, dass Sie überzeugt werden, dass es pädagogische Inhalte sind, die Sie dazu bewegen, sondern es ist wirklich eine Notlösung. Und nicht einmal als Notlösung ist es eigentlich anzuerkennen, weil die Berufsgruppen, die vorhin genannt worden sind, die Betreuerinnen und Betreuer, Nachmittagspersonal, da ist schon längst ebenso Feuer am Dach. Also dass die da hinzugezogen werden, es ist fraglich, ob es wirklich das Problem lösen wird. Aber wir sehen heute, wie wir alle anwesend sind, dass die Eltern in großer Not sind, dass der Bedarf gedeckt werden muss, deswegen werden wir dem auch zustimmen. Aber es ist ein Zusatzantrag seitens der KPÖ notwendig, wo ich um breite Unterstützung bitte, weil für eine konstruktive Zusammenarbeit braucht es eine Vertrauensbasis, braucht es auch trotz der Erfahrungen in der Vergangenheit ja eben eine Zusammenarbeit als auch Vertrauen in die Kompetenz der Bildungsressorts und das wollen wir so zum Ausdruck bringen und damit auch unsere Zusammenarbeit weiterhin anbieten. Und zum einen enthält es den ersten Punkt, dass diese Förderung, die beantragt wird, nur einmalig ist. Sie dient der Überbrückung einer akuten Notsituation und darf zu keiner dauerhaften Ausgliederung der Nachmittagsbetreuung führen, soll konkret heißen, es soll zu keinen Privatisierungen kommen. Weil viele dieser Probleme, die jetzt entstanden sind, sind auch dadurch hausgemacht, dass man Verantwortung, die eigentlich auf kommunaler Ebene übernommen gewesen wäre, an die Privatwirtschaft abgegeben hat. Die Nachmittagsbetreuung selber ist ja privatisiert, das soll aber jetzt keinesfalls ein Ausbau dessen bewirken. Zum anderen, zum Zweiten, ist dringend eine Transparenz notwendig auf diesem Gebiet und daher bitten wir oder beauftragen wir Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner, bis spätestens Ende Oktober, zusammen mit Bürgermeisterin Elke Kahr, den Mitgliedern der Stadtregierung, den Bildungssprecher:innen aller Fraktionen und Expert:innen der Fachabteilung einen Kinderbildungs- und Betreuungsgipfel einzuberufen und die aktuelle Situation zu analysieren und an einer nachhaltigen Lösung zu arbeiten. Ich möchte aber betonen, das unterscheidet sich von dem Maßnahmenpaket. Warum? Weil es längst eine

Angelegenheit ist, die auch in anderen Bereichen, also wo wir mit vielen Bürgeranfragen konfrontiert werden in unseren jeweiligen Ressorts, und je transparenter auch der Istzustand ist, der Bedarf, desto besser können wir zusammenarbeiten und können auch Auskunft geben. Bis zur Gemeinderatssitzung im Jänner 2023 sollen daher Eckpunkte vorgelegt werden, die die Aufrechterhaltung der Öffnung an Nachmittagen in Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, die am städtischen Tarifmodell teilnehmen, mit elementarpädagogisch ausgebildetem Personal sicherstellen soll. Das wollen wir wirklich noch einmal betonen. Nicht nur in der Stadt Graz, auch im Landtag Steiermark, setzt sich die KPÖ wirklich schon seit Jahrzehnten dafür ein, dass nicht nur die Kinderbetreuung im Vordergrund steht, sondern die Kinderbildung und dass es immer um das Wohl der Kinder und der Familien geht. Es reicht nicht allein zu sagen, ihr habt einen Betreuungsplatz, damit ihr arbeiten gehen müsst, das entspricht nicht den Bedürfnissen, es entspricht nicht den wissenschaftlichen Erkenntnissen und es entspricht schon gar nicht der Verantwortung, die wir hier alle tragen. Und in diesem Sinne bitte ich nochmal um die Unterstützung. Danke. *(Appl.)*

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher:innen! Notsituation in der Kinderbetreuung, das war das Motto der Demo, die am 16. September vom Griesplatz zum Südtiroler Platz gezogen ist und von Eltern organisiert wurde. Trotz sehr schlechten Wetters haben 250-300 Menschen an der Demo teilgenommen. In der Elementarpädagogik brennt der Hut. Und auch wenn ich für meinen 15 Monate alten Sohn einen Platz in einer Krippe bekommen habe, habe ich mich solidarisch mit den vielen Eltern gezeigt, die zwei Wochen vor Start des neuen Betreuungsjahres nicht gewusst haben, ob und wie lange sie eine Betreuung für ihre Kinder haben werden. Und somit habe ich die Demo unterstützt. Hätte ich keinen Platz bekommen, wäre es sehr schwierig geworden, da wir auf kein familiäres Netzwerk als Unterstützung zurückgreifen können. Im schlimmsten Fall hätten mein Partner und ich

beide unsere Arbeitszeit reduziert und Lohnarbeit und Kinderbetreuung gerecht untereinander aufgeteilt. In den meisten Fällen sind es aber die Mütter, die die Leidtragenden sind und alle negativen Konsequenzen, wie geringeres Einkommen, geringere Pensionsansprüche etc., tragen müssen. Somit sind wir trotz aller Lippenbekenntnisse von einer Gleichstellung von Mann und Frau noch immer sehr weit entfernt. Ich werde dem vorliegenden Stück zustimmen, aber nicht, weil ich die Lösung hier besonders gut finde, sondern weil es schlichtweg eine Notlösung ist, die vor allem Frauen davor bewahren wird, kündigen zu müssen oder ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Das Ganze kann aber tatsächlich nur eine Notlösung sein, die leider deshalb notwendig geworden ist, weil die politisch Verantwortlichen der letzten Jahre und Jahrzehnte die immer schlechter werdenden Zustände in der Elementarpädagogik schlicht ignoriert haben, weshalb wir jetzt an diesem Punkt stehen. Einrichtungen der Elementarpädagogik sind keine Aufbewahrungsstätten, sondern frühkindliche Bildungseinrichtungen. Das kann ich jeden Tag bei meinem Sohn sehen. Umso wichtiger ist es auch, dass diese Kinderbetreuung von topausgebildeten Pädagog:innen gemacht wird. Alles andere wäre Sparen auf dem Rücken unserer Kinder. Es gehören deshalb dringend Reformen angegangen, die die katastrophale Situation in der Elementarpädagogik beheben und eine qualitativ hochwertige Betreuung für alle Kinder sicherstellen. Ich hoffe sehr, dass die politisch Verantwortlichen in Stadt und vor allem auch im Land endlich in die Gänge kommen, damit wir im nächsten Jahr nicht wieder so ein Stück beschließen müssen. Dankeschön. (*Appl.*)

StR Hohensinner:

Werter Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Wir werden ja heute noch öfters über dieses Thema diskutieren. Ich glaube, dass wir in der Stadt wirklich sehr früh die Herausforderung erkannt haben und auch gemeinsam mit ganz vielen Pädagoginnen und Pädagogen ein Paket zusammengeschrieben haben und auch hier im Gemeinderat im März beschlossen haben. Von dem her glaube ich, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Situation hat sich in Graz zugespitzt, weil wir in den letzten

Jahren halt sehr viel auch ausgebaut haben, weil wir den Eltern ganz viele zusätzliche Plätze bereitgestellt haben. Wir haben seit 2014 über 1.6500 zusätzliche Plätze im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich bereitstellen können, das ist einerseits gut für die Eltern, andererseits hat es natürlich auch mehr Pädagog:innen und Betreuer:innen gebraucht, was jetzt auch durch Covid und weitere Einflüsse wirklich zum Problem macht. Wir haben das heute schon diskutiert in der Fragestunde. Ich möchte ganz kurz zum Zusatzantrag was sagen. Zum Punkt 1): Das können Sie mir, das könnt ihr mir glauben – wenn wir genug Personal haben, dann werden wir sofort diese Notlösung wieder in einen Normalbetrieb umsetzen, also das ist ganz klar, dass es mir am liebsten wäre, wenn wir vollwertige Kindergartengruppen und Kinderkrippengruppen hätten, also Ganztagesgruppen. Aber es ist halt jetzt einmal nicht möglich, und würden wir das nicht machen, könnten wir den Eltern keine Plätze anbieten. Aber Punkt 1) ganz klar. Punkt 2): Der zuständige Stadtrat soll mit der Abteilung einen Gipfel machen. Wir sitzen ständig entweder im Ausschuss oder mit Trägern zusammen. Also das können wir gerne, auch wenn ihr das jetzt im Gemeinderat beantragt, hochhoffiziell machen, also da erklären wir uns gerne bereit, einen Gipfel einzurichten. Ich habe schon mit dem Günter Fürntratt heute geredet. Selbstverständlich werden wir das machen und es wird dann auch ganz transparent berichtet werden. Punkt 3): Quasi, wir sollen sicherstellen, dass genügend Personal da ist. Da möchte ich sagen, das können wir nicht. Wir können uns aber nur einsetzen und unsere Punkte, die wir uns im März selbst auferlegt haben, umsetzen. Ich sage einerseits danke an die Regierung, einige Punkte von dem Paket, das wir im März hier beschlossen haben, wurden bereits umgesetzt, aber ein wesentlicher Punkt, der genau bei Punkt 3) einhakt, wurde von euch nicht umgesetzt. Und ich habe auch schon in der Stadtsenatssitzung gesagt – ich stelle die These auf, wenn wir diesen Punkt, nämlich allen Betreuer:innen und Pädagog:innen um 200 Euro mehr zu zahlen, wenn wir diesen Punkt noch vor dem Sommer beschlossen hätten, und das hättet ihr als Regierung auch machen können, dann hätten wir im Wettbewerb um Pädagog:innen und Betreuer:innen sicherstellen können zumindest, dass wir in Graz keine Gruppe zusperren müssen. Das ist meine These. Ich habe Beispiele von Kalsdorf, wo ganze Gruppen von Pädagog:innen und

Betreuer:innen von Graz dort übergewechselt haben, weil dort in der Einrichtung auch das Gehalt überzahlt wurde. Das heißt, wir hätten es auch selbst in der Hand gehabt, und diesen Vorwurf muss ich auch an dieser Stelle machen. Ihr habt uns ein paar Sachen vorgeworfen, diese Sache hätten wir auch im eigenen Haus klären können, jetzt kommt dann später der dringliche Antrag, man möge ein 15. Gehalt vom Land fordern. Ja wenn wir es selbst in der Hand haben, wenn wir selbst die Gehälter erhöhen könnten, warum machen wir es nicht? Und bitte, das hätte nicht nur die städtischen Einrichtungen betroffen, dass man sagt – ja, dann haben wir wieder bei den Privaten Probleme - über das Tarifmodell hätten wir allen 200 Euro mehr zahlen können. Zum Zeitpunkt im Mai/Juni, da hätten wir sagen können, wir haben das Geld nicht. Aber jetzt hat der Werner Amon die Sozialstaffel auch bei den Kinderkrippen eingeführt. Da wären ca. 5 Mio. Euro frei. Wir haben schon eine Sozialstaffel gehabt, das heißt, wir haben das finanziell seitens der Stadt selbst gestützt, weil der Werner Amon das jetzt landesweit ausrollt, werden wir uns 5 Mio. Euro ersparen. Mit diesen 5 Mio. Euro könnten wir diese besseren Gehälter zahlen. Und wenn die Frau Bürgermeisterin erklärt bei der SozialCard, wir müssen den Leuten mehr zahlen, dann könnten wir es da bei den Kinderbetreuer:innen und Pädagog:innen selbst umsetzen. Deswegen würde ich wirklich ersuchen, wenn dieses Geld frei wird, dass wir dieses Geld wieder für den Elementarpädagogikbereich nutzen. Danke. (*Appl.*)

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals Herr Stadtrat. Das haben wir eh schon im Stadtsenat schon diskutiert und man kann nur hoffen, hoffen wir, dass diese Mittel dann auch tatsächlich kommen.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt. Die Kollegin Mina Naghibi hat vorher gesagt, wie sie angefangen hat, seit 30 Jahren

insistieren wir. Und weil es jetzt geheißen hat „hätte, hätte, hätte“, möchte ich ganz kurz beitragen, dass unser Exkollege Andreas Fabisch vor mehr als 10 Jahren insistiert hat und einen dringlichen Antrag gemacht hat nach einer zweiten BAfEP in Graz. Nach einer zweiten, damals schon sehr notwendigen Ausbildungsstätte, und wir haben recherchiert. Die Antwort deinerseits hat damals bedauerlicherweise geheißen, es ist nicht notwendig. Ich habe mich mit der Direktorin der existierenden BAfEP besprochen und ich habe mich erkundigt. Es ist nicht notwendig, eine solche zweite Ausbildungsstätte einzurichten. Ob das jetzt also eine BAfEP, ich bin nicht vom Fach, oder vielleicht ein Kolleg, wie es vielleicht besser, das kann ich nicht beurteilen, gewesen wäre, dann hätten wir heute auch mehr Personal. Das zu immer wieder insistierten „hätten, hätten, hätten“. Wir müssen heute eh nicht aufrechnen, es hat eh keinen Sinn mehr. Wir sind wirklich in einer ganz prekären Situation, was die Elementarpädagogik betrifft. Die Kollegin hat es schon gesagt. Nur ein Satz noch aus meiner Seite. Mich bewegt das auch. Vor 34 Jahren, wenn ich damals in der Situation gewesen wäre als Alleinerzieherin, ich weiß gar nicht, wie ich das gemacht hätte, auch keine Großeltern oder Schwiegereltern, die zur Verfügung gestanden wären, eine unmögliche Situation wäre das gewesen. Da kommt man ins Prekariat. Danke für die Aufmerksamkeit. (Appl.).

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich melde mich jetzt ungeplanterweise, weil wir dann bei den dringlichen Anträgen eh noch zwei dringliche Anträge haben, wo man, glaube ich, eine ähnliche Debatte führen werden. Dennoch möchte ich zumindest so viel sagen zum einen, ich kenne auch ganz viele Eltern, die von der Situation betroffen waren, meine Kinder sind selber in die GIP-Krippe Elisabethnergasse gegangen, wo jetzt auch eine Gruppe geschlossen werden musste. Das heißt, ich kenne wirklich viele Eltern persönlich, die im August nicht gewusst haben, wie es im Herbst sein wird. Und ja, diese Situation hat sich über ganz, ganz lange Zeit angebahnt und es haben wirklich die politisch Verantwortlichen, das waren in den letzten Jahren halt schon in erster

Linie sowohl im Land als auch in der Stadt auch ÖVP-Politiker:innen, haben leider viel zu lange weggeschaut, weil diese Situation ist nicht von heute auf morgen entstanden. Was mir noch wichtig ist zu sagen. Die bessere Bezahlung ist das eine, mit vielen, mit denen ich rede, die sagen aber auch, es geht wirklich ganz stark um die Gruppengrößen, und die angekündigten Reduzierungen bei der Gruppengröße, die jetzt kommen soll, sind einfach zu langsam. Die Bezahlung ist das eine, aber die Menschen, die sich für eine Arbeit in diesem Bereich entscheiden, machen das ja ganz oft, weil sie einfach gut mit den Kindern arbeiten wollen, weil sie sie begleiten wollen, weil sie auf die einzelnen Kinder und ihre Bedürfnisse eingehen wollen. Und das ist einfach mit einer Pädagogin und mit einer Betreuerin mit 25 Kindern nicht schaffbar. Jeder von euch, der einen Kindergarten betreten hat oder mal mit Leuten geredet hat, weiß das, wie es dort ist. Und die Menschen, die das eigentlich aus Idealismus machen, mit so einer Freude, mit Kindern zu arbeiten, die brennen entweder völlig aus nach kurzer Zeit, wechseln den Beruf oder müssen resignieren, weil das einfach nicht schaffbar ist. Von dem her ist es gut, wenn wir jetzt an den Punkt gekommen sind, spät aber doch, dass wirklich alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich bin mir sehr sicher, dass auf allen Ebenen, ich kann jetzt für die Stadtebene sprechen, dass die Koalition hier wirklich tut, was möglich ist im Rahmen unserer finanziellen Spielräume. Wir haben einiges ermöglicht wie die Überschneidungsdienste zum Beispiel zu Mittag, also da ist ja jetzt auch, seit wir die rot-grün-rote Koalition haben, was passiert nach langer Zeit, wo ihr in der Verantwortung gewesen wärt und tun hättet können. Es ist schön, wenn ihr das jetzt auch so seht, dass wir dringend etwas verbessern müssen. Ziehen wir einfach an einem Strang und schaffen wir das, was uns allen wichtig ist. Das sind ja unsere Kinder und es ist eine total prägende Phase im Leben der Kinder. Schaffen wir einen Ort, wo die Pädagog:innen und Betreuer:innen gesund bleiben können, gute Arbeit leisten können und wo die Kinder gerne hingehen. Darum geht es uns, oder? (Appl.)

GRⁱⁿ **Potzinger**:

Ein paar ganz kurze Bemerkungen. Liebe Frau Kollegin Naghibi! Hier von einem Bildungsmonopol von Land und Stadt zu sprechen, stimmt mich verwunderlich. Das staatliche Bildungsmonopol gibt es vielleicht in kommunistischen Ländern, bei uns gibt es die Vielfalt. Wir haben private und kirchliche Kindergärten und Schulen, da haben die Eltern wirklich die Wahlfreiheit, wo ihr Kind in den Kindergarten oder in die Schule gehen soll. Bitte das auch zu beachten. Dass wir jetzt wieder per Zusatzantrag da vergattert werden sollen, einen zusätzlichen Arbeitskreis zu machen – die Abteilung für Bildung und Integration, wie der Herr Stadtrat gesagt hat, arbeitet ständig daran. Aber wenn wir hier im März ein Maßnahmenbündel beschließen und es dann einfach nicht umgesetzt wird von der Regierung, dann ist dort die Wurzel des Übels an und für sich. Hätte man, wie der Herr Stadtrat gesagt hat, jetzt wirklich 200 Euro mehr gegeben, wäre das einmal ein deutliches Signal. Nicht das Allheilmittel, aber eine Sofortmaßnahme. Weil davon zu träumen, dass wir im nächsten Kindergartenjahr pro Gruppe nur mehr 15 Kinder im Kindergarten haben, ist ein schöner Traum, aber nicht realisierbar in der Stadt Graz. Wo nehmen wir noch das zusätzliche Personal her und vor allem wo nehmen wir auch die Räumlichkeiten her? Die können wir nicht herzaubern. Und was die BAfEP betrifft, Frau Kollegin, zweite BAfEP: Wir haben derzeit die Situation, dass über 70 % der BAfEP Absolvent:innen nicht in den Kindergarten gehen, sondern weiterstudieren. Das heißt, wie können wir den Beruf insgesamt attraktiver machen? Du hast Recht, Kolleg ist da besser. Aber auch die BAfEP-Absolvent:innen zu motivieren, wenigstens einmal einige Jahre auch praktische Erfahrungen zu sammeln im Beruf, im Kindergarten, in der Kinderkrippe. Das heißt, die Motivation, auch die Wertschätzung ist auch ganz wichtig, das sind ja nicht Tanten im Kindergarten, sondern wertvolle Pädagog:innen, die da großartige, fachkundige Arbeit leisten, das auszudrücken. Aber die erste Sofortmaßnahme das Geld, deswegen ganz kurz, wir haben das vorgestern im Ausschuss diskutiert, diese Mittel die frei werden dank der Übernahme der Tarifförderung in den Kinderkrippen seitens des Landes, da gab es im Ausschuss schon die Wohlmeinung, Frau Bürgermeisterin, dass sehr wohl diese Mittel dann zweckgebunden dafür eingesetzt werden sollen, dass wir tatsächlich

den finanziellen Anreiz zusätzlich schaffen können. Aber jetzt geht es vor allem um das Stück des ABI, wo es vorgesehen ist, dass es im Rahmen des städtischen Tarifmodells auch für die privaten und kirchlichen Anbieter der Einrichtungen diese Adaptierung gibt, das Fördermodell hinsichtlich der neuen Form der Nachmittagsbetreuung. Und ich bitte um Annahme. (Appl.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zusatzantrag:

Punkt 1) einmalige Förderung: einstimmig angenommen

Punkt 2) Einrichtung Bildungsgipfel StR Hohensinner und Bgm.ⁱⁿ Kahr: einstimmig angenommen

Punkt 3) Bis zur GR-Sitzung im Jänner 2023 Eckpunkte vorlegen: gegen die Stimmen der ÖVP, FPÖ und der NEOS angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger

**8.35 Stk. 37) A8 – 14818/2021-30
A8 – 20081/2006-291
A8 – 21515/2006-306**

Stadtbaudirektion,

- 1. Linie 1 – zweigleisiger Ausbau – Hilmteichstraße, Projektgenehmigung für die Jahre 2022 – 2025 in Höhe von 1.139.000 Euro**
- 2. Kürzung diverser genehmigter ICF-Projekte in Höhe von 1.139.000 Euro,**
- 3. Budgetvorsorge über 62.000 Euro für 2023,**
- 4. Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH, Änderung d. Wirtschaftsplanes 2022/2023 (Doppelbudget) sowie der Mittelfristplanung bis 2027; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss**

8.36 Stk. 38) A 10/BD- 142558/2021/1

- a) 2-gleisiger-Ausbau Straßenbahnlinie 1 Hilmteichstraße; Planungsphase – Projektgenehmigung über 1.139 Mio. Euro für den Zeitraum 2022 – 2025,**
- b) BA192 Hydraulische Sanierung Mariatrost, Planungsphase**

GR Dr. Hackenberger:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauer an den Bildschirmen! Wenn ich an die Straßenbahn 1 denke, dann glaube ich, mich erinnern zu können, dass ich über den zweigleisigen Ausbau schon gehört habe, bevor ich meine ersten grauen Haare bekommen habe. Das ist ein ewiges Thema. Und es ist umso erfreulicher, dass man jetzt tatsächlich dran sind, das zu lösen, das endgültig zu bereinigen. Denn das, was bisher geschehen ist, war zwar naturgemäß auch sehr wichtig, aber wesentlich ist ja die Lückenschließung, sodass wir am Ende wirklich einen durchgehenden zweigleisigen

Ausbau haben, der uns nämlich dann in die erfreuliche Lage versetzt, die Takte da wesentlich zu verkürzen, sodass man nach den dort angestellten Berechnungen von einem 10-minütigen auf einen 5-minütigen Takt kommt. Das heißt, es verdoppelt sich quasi die Möglichkeit des Transportes damit. Es geht nur um zwei Teilstücke, nämlich Teichhof - Mariatrost, Marigrün-Kroisbach und Wagnesweg - Teichhof, sind selektiv ausgebaut worden, und jetzt geht es um Rettenbach, Wagnesweg und Hilmteichstraße. In Folge der Neuordnung des Straßenquerschnitts ist eine durchgehende Radwegverbindung von der Innenstadt bis Mariatrost geschaffen worden bzw. wird im Zuge der Umsetzung des Baues geschaffen und es ist auch eine Neugestaltung des Bereiches vor der Haltestelle Hilmteichstraße möglich und wird umgesetzt. Die Ausbaumaßnahme ist Bestandteil des mit dem Land Steiermark abgeschlossenen Fördervertrages Straßenbahnausbau 2018 bis 2033 über insgesamt ca. 48 Mio. Euro, und das Projekt ist auch Bestandteil der unmittelbar vor Vertragsabschluss stehenden Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und Land Steiermark. Die finanzielle Abwicklung erfolgt im Rahmen des Verkehrsfinanzierungsvertrages und ist nicht wirklich budgetwirksam, wirkt sich also auf das Cash der Stadt Graz nicht aus, und zwar deswegen, weil man drei Projekte gefunden hat, bei denen die Umsetzung wesentlich weniger gekostet hat bzw. der Umsetzungsgrad bei weitem nicht erreicht wurde. Es geht also nicht um eine Neuverschuldung oder um Lockermachen von frischem Geld, sondern man kann jetzt den gesamten Aufwand in Höhe von derzeit geschätzten 1,14 Mio. Euro dadurch aufbringen, dass man das, was bei den Projekten Hummelkaserne Verkehrserschließung, beim Projekt Gewerbegebiet Liebenauer Gürtel Nord und bei der Sanierung des Lendplatzes übriggeblieben ist. Das sind 980.000 Euro, und da gibt's noch einige zusätzliche kleinere Beträge, die Sie dem Antrag entnehmen können. Es wird naturgemäß durch den Bau bzw. Aufbau der Straßenbahn zu anderen Verkehrsmaßnahmen kommen, die im Vorfeld auf Kritik gestoßen sind. Damit wird sich der Kollege Dreisiebner näher beschäftigen. Ich darf im Sinne dieses Antrages bzw. namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den Antrag stellen, dass der Gemeinderat die Projektgenehmigung Linie 1, – zweigleisiger

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. September 2022

Ausbau-Hilmteichstraße für die Jahre 2022 bis 2025 in der Höhe von 1.139.000 Euro beschließen wolle. Die Tabellen, woher das ganze Geld kommt, wie es umgeschichtet wird, bin ich nicht in der Lage zu verbalisieren, aber Sie haben die Unterlage ohnehin. Ich bitte Sie, dort nachzusehen. Vielen Dank.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Projektgenehmigung „Linie 1 – zweigleisiger Ausbau-Hilmteichstraße“ für die Jahre 2022-2025 in Höhe von 1.139.000 Euro wird wie folgt erteilt:*

Jahr	Gesamt	Stadt	 Holding	Aufwandersatz Stadt an Holding
2022	0,040	0,000	0,052	-0,012
2023	0,701	0,062	0,831	-0,192
2024	0,362	0,242	0,156	-0,036
2025	0,036	0,036		0,000
Summe	1,139	0,340	1,039	-0,240

- 2. Der Kürzung diverser genehmigter ICF-Projekte in Höhe von 1.139.000 Euro wird zugestimmt.*

Der Finanzierungshaushalt für 2022 wird dadurch wie folgt geändert:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. September 2022

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022
220	612000	1.060000	12203360	Hummelkaserne Verkehrserschließung / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220336	-318.800	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-318.800	
220	612000	1.060000	12203620	Gewerbegebiet Liebenauer Gürtel Nord / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220362	-290.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-290.000	
220	612000	1.010000	12203700	Sanierung Lendplatz/ Gebäude und Bauten	D.220370	-371.500	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-371.500	
220	529000	1.060000	12203780	KNB – Klimaneutrale Baustandards	D.220336	-59.300	
180	529000	2.346000		Investitionsdarlehen		-59.300	
220	612000	1.060000	12203130	BOB – Bauen ohne Barrieren	D.220362	-99.400	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-99.400	

3. *Der Budgetvorsorge über 62.000 Euro für 2023 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungshaushalt für 2023 wird dadurch wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
220	612000	1.060000	12203980	Linie 1 – zweigleisiger Ausbau / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220398	+62.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+62.000	

4. *Der Anpassung des Holding Graz Budgets ab 2022/2023 (Doppelbudget) inkl. Mittelfristplanung 2024-2027 um die Projekt- und Folgekosten wird zugestimmt.*

5. *Der Vertreter der Stadt Graz in der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH, FN 54309 t, StR Manfred Eber, wird ermächtigt, im Umlaufweg der*

Änderung des Wirtschaftsplans 2022/2023 (Doppelbudget) und der Mittelfristplanung 2024-2027 der Holding Graz entsprechend dieses Gemeinderatsbeschlusses zuzustimmen.

- 1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gem. § 34 GmbHG*
- 2. Zustimmung zur Änderung des Wirtschaftsplanes 2022/2023 (Doppelbudget) inkl. Mittelfristplanung bis 2027 der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH, Im Zusammenhang mit dem 2-gleisigen Ausbau der Straßenbahnlinie 1 – Abschnitt Rettenbach und Wagnesweg sowie in der Hilmteichstraße.*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals, Herr Kollege Hackenberger. Ich darf, weil ich jetzt zwischendurch auf die Galerie raufgeschaut habe, den Herrn ehemaligen Bezirksvorsteher Strobl, im Bezirksrat Jakomini nach und vor tätig, begrüßen und unseren ehemaligen Bezirksvorsteher in Geidorf, Herrn Schwarzl, der immer wieder unsere Gemeinderatssitzungen besucht; schön, dass Sie auch heute da sind. *(Appl.)*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.33 Uhr).

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, werte Kolleg:innen im Gemeinderat, hoher Stadtsenat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! In meinem Zusatzantrag geht es darum, dass wir ein paar Situationen noch näher beleuchten wollen im Zuge der Vergabe der Planungsphase. Ich möchte gleich eingangs betonen, dass wir selbstverständlich für den 2-gleisigen Ausbau sind, selbstverständlich auch für den Ausbau des Speicherkanals, es sollen ja Baumaßnahmen sozusagen auch gemeinsam durchgeführt werden. Aber wir sind durchaus der Meinung, dass es Möglichkeiten gäbe, nachhaltige

Erschwernisse für Anrainerinnen und Anrainer, Besucherinnen und Besucher und auch für die Autobenutzerinnen und –benutzer hier zu entschärfen, wenn ich das so sagen darf. Ich darf daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden Zusatzantrag stellen: Die nachfolgend dargestellten Punkte im Zuge der Planungsvergabe, das ist uns wichtig, dass man bereits in der Planungsvergabe das berücksichtigt, für das gegenständliche Gesamtbauvorhaben zu prüfen und zu berücksichtigen sowie vor der Vergabe über das Ergebnis im Ausschuss für Verkehr-, Stadt- und Grünraumplanung dem Gemeinderat und insbesondere auch den Bezirksvertretungen zu berichten. Es geht um folgende Punkte: Unvollständige Bauabschnitte: Es fehlt uns in der Gesamtbetrachtung, auch im Gemeinderatsstück, der kommunizierte zweigleisige Ausbau des Abschnittes zwischen den Haltestellen St. Johann und Rettenbach. Es ist also im Stück dieser Abschnitt nicht erwähnt und ich denke, dass man in der Gesamtbetrachtung auch diesen Bereich entsprechend planbar machen sollte, insbesondere auch in der Notwendigkeit, dass in der prognostizierten 3-jährigen Bauphase möglicherweise auch dort schon Teilstücke umgesetzt werden könnten, weil man ja durchaus die gesamte Strecke mit einem Ersatzverkehr bedienen muss. Dann haben wir noch einmal angeführt das Linksabbiegeverbot Hilmteichstraße, Auersperggasse. Ich habe das gestern schon im Planungsausschuss auch zu Protokoll gegeben. Ich darf das nur kurz hier auch als Zusatzantrag oder als Punkt im Zusatzantrag erwähnen. Ein Linksabbiegeverbot von der Hilmteichstraße kommend in die Auersperggasse ist nicht zweckmäßig. Bei der Auersperggasse handelt es sich um eine Vorrangstraße, die den Bezirk Geidorf erschließt, und in weiterer Folge ist diese Straße Zubringer ins Zentrum bzw. nach Andritz. Wir befürchten, dass es also hier zu Umwegfahrten kommen wird und zusätzlich die Schubertstraße möglicherweise belastet wird. Ein wichtiger Punkt ist der Entfall der meisten KFZ-Abstellmöglichkeiten, der Entfall eines Großteils der fünfzig KFZ-Abstellmöglichkeiten entlang der Hilmstraße, im Bereich des Hilmteichschlössls stadtauswärts, kann eigentlich nicht akzeptiert werden, da es nach wie vor Besucher:innen, Besucher, Kunden, Kund:innen, Gäste gibt, die auf das Auto angewiesen sind. Ich denke da vor allem an den Winter, wo unzählige Familien mit

ihren Kindern zum Rodeln und Bobfahren zur beliebten Rodelwiese kommen. Also da wird es schon notwendig sein, dass wir hier Abstellmöglichkeiten vorsehen. Die Geh- und Radwegtrassen könnte man überlegen, in das Hilmteichgelände zu verlegen, da habe ich einen Vorschlag gemacht, der auch in diesem Zusatzantrag hier dargestellt wurde. Wie gesagt, uns geht es darum, bereits in der Planungsphase, in der Vergabe der Planung darüber nachzudenken, ob man hier diese Punkte mitrückbesichtigen und mitbedenken könnte. Ein weiterer Punkt ist die Buswendeschleife Mariagrün. Laut Gemeinderatsbericht soll im Bereich der Haltestelle Mariagrün die KFZ-Schleife entfallen. Diese ist für die Linie 81, das ist die Verbindung für Mariagrün und Rosenberg, die ist unentbehrlich. Und auf die Notwendigkeit bzw. Ersatz wird im Gemeinderatsbericht nicht eingegangen. Auch das wird im Zuge der Planung zu berücksichtigen sein. Dann eine weitere Situation, die schwierig sein wird, ist die Verkehrssituation bzw. das Verkehrskonzept Hilmteichstraße-Stenggstraße. Der Einbahnführung der Stenggstraße ausschließlich nach Osten, ich betone, ausschließlich nach Osten, und dass nur mehr vom Süden aus der Hilmteichstraße kommend in die Stenggstraße eingebogen werden darf, kann derzeit nicht zugestimmt werden, da es für dieses Wohngebiet im aktuellen Stück überhaupt kein daraus resultierendes erforderliches Verkehrskonzept gibt. Nicht ersichtlich ist, wohin diese Einbahn Richtung Osten führen soll und wie der Anrainerverkehr im Bereich Stenggstraße-Lindenhofweg-Doktor-Bruno-Ertler-Straße und Dominikanergrund usw. bewerkstelligt werden kann. Die lange Bauzeit ist gestern schon ein Thema gewesen im Ausschuss, vielleicht ist es durchaus möglich, konzentriert, ich weiß schon, ein Speicherkanal braucht eine lange Bauzeit, aber vielleicht kann man noch einmal darüber nachdenken, ob man diese sehr lange Bauzeit über drei Jahre sozusagen vielleicht verkürzen könnte oder so nützen könnte, dass man auch Bereiche zwischen Mariagrün und Mariatrost, wo ja der zweigleisige Ausbau auch vorangetrieben werden soll, dass man das parallel umsetzt, weil ja ohnedies die große Strecke mit einem Ersatzverkehr bewerkstelligt, im öffentlichen Bereich hier dargestellt werden muss. Der Schienenersatzverkehr für drei Jahre sollte sozusagen auch dazu dienen, in diesem Bereich hier Bautätigkeiten

zwischen Mariagrün und Mariatrost durchzuführen. Jetzt bin ich schon über der Zeit,
Entschuldigung. (Appl.)

Originaltext des Zusatzantrages:

Planungsbeschluss für zweigleisigen Ausbau und Speicherkanal:

Ja zur Zweigleisigkeit und zum Speicherkanal!

Nein zu den nachhaltigen Erschwernissen für Anrainer, Besucher und Autobenutzer!

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

Zusatzantrag,

*nachfolgend dargestellte Punkte im Zuge der Planungsvergabe für das gegenständliche
Gesamtbauvorhaben zu prüfen und zu berücksichtigen sowie vor der Vergabe über das
Ergebnis dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung, dem Gemeinderat
und den Bezirksvertretungen zu berichten:*

- *Unvollständige Bauabschnitte*

*Im GR-Stück fehlt der bereits seit Jahren kommunizierte zweigleisige Ausbau des
Abschnittes zwischen den Haltestellen St. Johann und Rettenbach. Warum wurde dieser
im GR-Stück nicht mehr erwähnt, sondern nur die „ausstehenden“ Streckenabschnitte
zwischen Rettenbach und Wagnesweg?*

- *Linksabbiegeverbot Hilmteichstraße/Auersperggasse*

Ein Linksabbiegeverbot von der Hilmteichstraße/LKH kommend in die Auersperggasse ist absolut nicht zweckmäßig. Bei der Auersperggasse handelt es sich um eine Vorrangstraße, die den Bezirk Geidorf erschließt, und in weiterer Folge ist diese Straße ein Zubringer ins Zentrum bzw. nach Andritz usw.. Nachdem bereits die Schubertstraße zu einer Tempo-30-Straße erklärt wurde, fällt eine weitere wichtige Anbindung weg und führt zu erheblichen Umwegfahrten.

- *Entfall der meisten KFZ-Abstellmöglichkeiten*

Der Entfall eines Großteiles der 50 KFZ-Abstellmöglichkeiten entlang der Hilmteichstraße ab dem „Hilmteichschlössl“ stadtauswärts kann nicht akzeptiert werden, da es nach wie vor Besucher/Kunden/Gäste gibt, die auf das Auto angewiesen sind – vor allem im Winter, wenn unzählige Familien mit ihren Kindern zum Rodeln und Bobfahren zur beliebten Rodelwiese kommen.

- *Geh- und Radwegtrassen in das „Hilmteich“-Gelände verlegen*

Der Erhalt von einer zumindest beschränkten Anzahl an KFZ-Abstellplätzen kann in der Form gewährleistet werden, wenn der ca. 4 Meter breite, baulich getrennt geführte Geh- und Radweg auf dem städtischen (Park)Grundstück (Gst.-Nr. 2264/1, KG Geidorf) entlang des Hilmteichs verlaufen würde. Der Baumstand wird durch diese Routenführung nicht beeinträchtigt und ist dort genügend Platz vorhanden.

- *Buswendeschleife Mariagrün*

Laut GR-Bericht soll im Bereich der Haltestelle „Mariagrün“ die KFZ-Schleife entfallen. Diese ist für die Linie 81 (Mariagrün/Rosenberg usw.) unentbehrlich und auf deren Notwendigkeit bzw. Ersatz wird im GR-Bericht nicht eingegangen.

- *Verkehrssituation bzw. -konzept Hilmteichstraße/Stenggstraße*

Der Einbahnführung der Stenggstraße ausschließlich nach Osten und dass nur mehr von Süden aus der Hilmteichstraße kommend in die Stenggstraße eingebogen werden darf, kann nicht zugestimmt werden, da es für dieses Wohngebiet im aktuellen Stück überhaupt kein daraus resultierendes erforderliches Verkehrskonzept gibt. Nicht ersichtlich ist, wohin diese Einbahn nach Osten führen soll und wie der Anrainerverkehr für die Stenggstraße, Lindenhofweg, Dr.-Bruno-Ertler-Straße, Am Dominikanergrund usw. bewerkstelligt werden kann.

- *Lange Bauzeit*

Eine Bauzeit von 3 Jahren(!) – Frühjahr 2025 bis Ende 2027 ist bei einem „nur“ rund 1 km langen Bauvorhaben für eine so wichtige Straße wie es die Hilmteichstraße im Grazer Osten darstellt, nicht akzeptabel. Maximal 1 Jahr für den unterirdischen Speicherkanal und max. 1 Jahr für die Zweigleisigkeit der Straßenbahnlinie 1.

- *3 Jahre Schienenersatzverkehr*

Neben den massiven Behinderungen im Individualverkehr bedeutet das auch einen 3 Jahre langen Schienenersatzverkehr mit Bussen anstatt der Straßenbahnlinie 1 im Abschnitt vom Hilmteich bis Mariatrost.

- *Andere Leistungsträger einbeziehen*

Bei so einem massiven Eingriff in die Straße sind neben der Abwasserwirtschaft auch sämtliche andere Leitungsträger in der Form einzubinden, in ihrem Bereich das Leitungsnetz zu verbessern bzw. zu sanieren wie z.B. Trinkwasser, Telekom/Breitband, Erdgas, Fernwärme, E-Versorgung usw.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich würde mich gerne dazu zu Wort melden. Es ist zwar umfangreicher als jede Frage in einer Fragestunde, aber ein paar Dinge würde ich gerne gleich hier klären, weil ich das Thema sehr ernst nehme, auch gestern im Ausschuss. Ich habe die Fragen sehr wohl gehört und natürlich hat niemand in diesem Raum ein Interesse, eine Baustelle so lang über die Maßen länger zu führen als absolut notwendig. Natürlich werden wir uns darum kümmern, diese Zeit so weit einzuschränken, wie es halt notwendig ist, um dieses große Vorhaben, nämlich des zweigleisigen Ausbaues um den Speicherkanal, gemeinsam zu erledigen. Also ich bin die Erste, die da dabei ist und sich darum kümmert. Das mal vorweg. Wir haben die Fachabteilung gebeten, da ein paar Antworten zu geben, weil es ja schon ein sehr umfangreicher Zusatzantrag ist und wir werden, das habe ich auch gestern schon zugesagt, und wer mich kennt, weiß das, wir werden laufend berichten darüber. Das Projekt ist zu groß als nicht zu informieren, wie die Fortschritte sind. Ein paar Fragen gleich vorneweg. Dass der zweigleisige Ausbau zwischen St. Johann und Rettenbach noch nicht sozusagen Teil des Stücks ist, weil es in Vorbereitung ist, da gibt es ein paar Dinge zu klären, die nicht ganz einfach sind, deswegen wird es sonst nachgereicht. Das Linksabbiegeverbot - in Bezug auf der vorliegenden Machbarkeitsuntersuchung wird diese Maßnahme zur Betriebssicherheit des Straßenfahrverkehrs vorgeschlagen, das heißt, eine detaillierte Untersuchung wird aber noch stattfinden. Das ist der Vorschlag der Machbarkeitsstudie, deswegen steht es so drinnen in dem Stück. Was die Parkplätze anbelangt: Ich wünsche allen einen Winter, wo man Bobfahren kann. Die Winter werden aber geringer werden. Trotzdem, ich weiß, dass Menschen dort spazieren gehen wollen, sich aufhalten am Hilmteich, natürlich soll es gewährleistet sein. Aber wenn wir einen zweigleisigen Ausbau haben, wird die Straßenbahn auch öfter gehen, ich hoffe auch, dass die Menschen zunehmend auf die Straßenbahn umsteigen bzw. auch mit dem Fahrrad oder zu Fuß zum Hilmteich kommen. Es wird eine Reduktion der Parkplätze geben; wie viele, wird die Planung noch genauer sagen, darüber werde ich/wir im Ausschuss berichten. Was die Geh- und Radwegtrassen, der Vorschlag, der im Zusatzantrag ist, anbelangt, und der Vorschlag, das ins Hilmteichgelände zu verlegen, das ist ein Landschaftsschutzgebiet und das ist

sozusagen nur begrenzt möglich, dass man da bauliche Eingriffe macht. Und daher wird das nicht so umzusetzen sein, wie das kurz in einem Absatz quasi vorgeschlagen ist, ein guter Vorschlag, aber sozusagen schwer bis schlecht umsetzbar. Die Frage Busführung Linie 81 wird noch im Zuge der Planungsarbeiten zu beantworten sein. Auch die nächste Frage, nämlich die in Bezug auf die gesamte Verkehrssituation Hilmteichstraße, in den Planungsarbeiten werden wir uns dieser Aufgabenstellung stellen. Die lange Bauzeit, wie gesagt, das ist ein Riesen-Bauunternehmen. Also bitte um Verständnis dafür. Wir haben die Ressourcen, die wir haben in der Stadt, alle sind daran interessiert, das so schnell wie möglich umzusetzen und niemanden, der an der Strecke wohnt bzw. sozusagen darauf angewiesen ist, durch die Mariatroster Straße in die Stadt zu fahren, zu behindern oder aufzuhalten. Das auch zu den 3 Jahren Schienenersatzverkehr. Und natürlich binden wir alle anderen Leistungsträger, was auch die Leitungsmaßnahmen anbelangt, ein und es wird mitgedacht bei allen baulichen Maßnahmen. Das in aller Kürze zu diesem umfangreichen Zusatzantrag, der mehr eine Fragestunde oder Frageminuten sozusagen erzeugt hat. Danke. (*Appl.*)

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat. Nur ganz kurz auch von meiner Seite zum Zusatzantrag der ÖVP. Dem kann ich natürlich nähertreten. Zweigleisiger Ausbau, alle sprechen wir uns für die Öffis aus, bessere Taktung bringt uns auch dazu, dass wir umsteigen, das ist ein Anreizmodell. Aber, und die Befürchtung hat ja der Kollege Topf geäußert, dass da in das Verkehrsregime des Individualverkehrs ein sehr großer Eingriff stattfindet. Wir haben es gehört, Linksabbiegeverbot, sehr viele Parkplätze fallen, fünfzig Stück, also das gehört auf jeden Fall geprüft. Und ich appelliere da natürlich auch gerne gleich wieder an die Frau Vizebürgermeisterin, fünfzig Parkplätze auch in diesem Bereich, das sind Anrainer-, Besucherparkplätze, es sind natürlich auch dort kleinteilige Siedlungen und Villen, und die haben natürlich auch Besucher und Fahrzeuge, die dann einen Parkplatz suchen. Also vielleicht denken Sie halt in diesem Bereich an eine

Anrainergarage oder an irgendeine Kompensation, damit auch dort für Parkplätze gesorgt ist. Also ich nehme den Zusatzantrag gerne an.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich darf an dieser Stelle auch den Bezirksvorsteher Scheuch begrüßen. Weil ich die anderen beiden auch begrüßt habe. Also herzlich willkommen in der Gemeinderatssitzung. (*Appl.*)

KO GR Dreisiebner:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder des Stadtsenates, des hohen Gemeinderates, werte Zuseher:innen. Viele sind begrüßt worden hier oben und auch zu Hause, auch dorthin ein Gruß. Ich wollte eigentlich die Berichterstattung, das nehme ich auf meine Kappe, der dann doch zusammengezogenen Stücke Finanzen und Stadtplanung machen, das erspare ich mir jetzt, weil Kollege Hackenberger sehr ausführlich war, weil Georg Topf auch sehr viel aufgerissen hat und dankenswerterweise von der zuständigen Vizebürgermeisterin auch schon beantwortet worden ist. Vorweg, dem Zusatzantrag werden wir nicht zustimmen. Nicht weil die Fragen und die aufliegenden Wünsche, die legitim sind, falsch sind, sondern weil erstens gestern im Ausschuss, glaube ich, sehr klar kommentiert worden ist, wo ihr auch diese Fragen schon hier eingebracht habt, wo auch die Bezirksvorsteher:innen, einerseits Mariatrost, Geidorf, Stellung bezogen haben, das alles angeschaut wird, dass es im Rahmen der Detailprüfung jetzt natürlich darum geht, kann ich auch noch den einen oder anderen Parkplatzteil darstellen, was ist mit der einen oder anderen Abbiegemöglichkeit usw. usf. Es ist ein Planungsbeschluss. Es ist noch kein Baubeschluss mit der ganz detaillierten Planung. Gerade du, Kollege Topf, weißt das. Du bist nicht nur lang Gemeinderat und im Ausschuss, du bist vom Fach. Du bist in deiner Berufstätigkeit, glaube ich, sehr nahe an dem allen dran gewesen, wie solche Dinge gemacht werden. Das möchte ich nur einmal noch sagen. Also, wir haben

es gestern im Ausschuss gehabt, es ist, glaube ich, der gute Wille sowohl der Judith Schwentner als auch der verantwortlichen Beamten, ich nenne auch hier die Namen, Herr Diplomingenieur Masetti, Herr Martin Bauer, glaube ich, mit allen klar kommuniziert worden, wir werden das anschauen. Es geht nicht darum, jetzt mutwillig das eine oder andere nicht möglich zu machen, aber es geht darum, dass wir ein sehr leistungsfähiges, das leistungsfähigste öffentliche Verkehrsmittel dort ertüchtigen, dass wir das aber auch möglichst friktionsfrei ohne in Stauungen zu kommen oder schon gar Unfallgefahren. Und dann bin ich dann gleich beim nächsten Punkt, natürlich auch Reduktion von Unfallgefahren für Fußgänger:innen, für Radfahrer:innen, für Kinder, die dann rodeln gehen wollen oder für andere, die einen Kaffee trinken wollen, was auch immer, reduzieren wollen. Ja, und auch Autofahrer:innen wollen wir schützen, indem wir Unfallstellen praktisch herbauen, um sie dann wieder abzusichern. Also bitte, bleibt an dem natürlich dran, aber wichtig ist schon auch eines, wir bauen hier sowohl die Radinfrastruktur auf einer ganz wichtigen jetzt noch fehlenden Achse aus. Wir bauen die Straßenbahn für einen ganzen Bezirk bzw. für die dort anliegenden Bewohner:innen aus dem Bezirk Geidorf aus und für viele, viele Menschen, die dort arbeiten oder sonstige Ziele haben. Und dann sofort bei jedem vielleicht möglichen Verlust eines Parkplatzes darauf hinzuweisen, ohne darüber nachzudenken oder auch in Betracht zu ziehen, dass ja viele Wege nicht mehr mit dem Auto zurückgelegt werden müssen, dass man auch ohne Auto gewisse Ziele erreichen kann, dass die Verkehrswende auch in Zeiten des uns erreichenden Klimawandels, sprich null Rodel, null Bob, tut mir leid für Kinder, es wird nichts mehr werden, dass das alles auch anders geht. Aber ihr seid bei jedem Grundsatzbeschluss, liebe ÖVP, dabei. Das ist seit vielen, vielen Jahren zu beobachten, das ist auch toll, wir haben Tramwayausbaupakete, wir haben Bekenntnisse zum öffentlichen Verkehr und zur sanften Mobilität, aber wenn man dann in den Bereich kommen, wo wir ein Projekt umsetzen, dann schlägt ihr euch wieder auf eine andere Seite ...

Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic: Das stimmt nicht.

KO GR Dreisiebner:

... nicht im Sinne dessen, dass man es diskutiert, sondern im Sinne dessen, dass man Projekte unter Umstände auch wiederum erschwert, verteuert oder sogar unmöglich macht. Ich höre, es stimmt nicht, das freut mich, aber wenn ich sage, das ist ein Stück weit die Wahrnehmung. Wir werden die Verkehrswende angehen, wir werden möglichst Rücksicht auf die Bedürfnisse von Menschen, die KFZ haben oder fahren wollen und müssen, nehmen, aber Priorität hat dort die Straßenbahn und es ist sehr wichtig, dass der Radverkehr kommt. Deswegen können wir auch wir eurem Zusatzantrag leider nicht näher treten, aber den Intentionen werden wir versuchen zu folgen. Danke. *(Appl.)*

GR Dr. Piffel-Percevic:

Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen und Zuschauer:innen. Also ich habe mir natürlich seit dem gestrigen Ausschuss gedacht, wie wird man sich zu dem, was uns gestern im Ausschuss zugesagt worden ist, nämlich eine ernsthafte Prüfung, wir beantragen nicht eine Projektänderung, die ist uns gestern zugesagt worden. Und die Frau Vorsitzende, die zuständige *Anmerkung der Schriftleitung: unverständlich*, hat auch eingangs gesagt, sogar Antworten vorab schon einmal gegeben, die endgültigen kommen, wir werden laufend informiert, wir beantragen keine Projektänderung. Wir haben gestern für das Projekt gestimmt. Und es ist uns gestern und heute zugesagt worden, dass das geprüft wird. Und jetzt kommst du, Karl, und sagst, ihr könnt diesem Prüfantrag nicht zustimmen. Also das richtet sich selber. *(Appl.)*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ich würde gerne noch einmal in meiner Rolle und Zuständigkeit dann kurz noch antworten. Natürlich bleibt es bei dieser Zusage. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit im parlamentarischen Prozess. Deswegen werden wir jeweils bei neuen Stücken und mit neuen Maßnahmen den Ausschuss immer wieder damit befassen. Also es ändert sich nichts an meiner Zusage, weder von gestern, noch heute, noch von davor.

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Das ist ein Widerspruch in sich.*

Die Anträge (Stk. 37 und Stk. 38) wurden einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger

8.37 Stk. 39) A 8 – 102185/2022-08

**Mittelfristige Budgetstrategie gemäß
Grazer Haushaltsordnung**

GR Dr. **Hackenberger**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen! Es gibt einen § 13 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz, der besagt, dass in der Gemeinderatssitzung im September jeden Jahres der Strategiebericht dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen ist. Dazu gibt es einen Bericht der Finanzdirektion vom 22.9.2022, der stichwortartig davon spricht, dass der Strategiebericht einen Überblick über die Entwicklung und die aktuelle Lage in der

Landeshauptstadt Graz die Finanzen betreffend zu beinhalten hat und dass die Finanzdirektion kurzfristig, also in allerletzter Zeit nach der Erfassung des Budgetbeschlusses, sämtliche Abteilungen, Beteiligungen und Eigenbetriebe des Hauses Graz gebeten hat, ihre strategischen Zielsetzungen und Vorhaben punktuell aufzulisten und auf der Basis der Rückmeldungen die Zusammenfassung erfasst, die sie in dem Strategiebericht vorfinden. Inhaltlich spricht die Finanzdirektion davon, dass ein möglichst positiver, mittelfristiger Budgetpfad angestrebt wird. Wie Sie ja alle wissen, hat man den bisherigen Schuldenpfad verlassen, der es erlaubt hätte, Verbindlichkeiten im Ausmaß von bis zu vierfachen Jahressteuereinnahmen einzugehen. Man hat sich auf eine Schuldenobergrenze von drei Jahren der Steuereinnahmen geeinigt. Das ist ein Signal natürlich in Richtung eines soliden Verschuldungspfades, der von den gesetzlichen Rahmenbedingungen her nicht unbedingt gefordert war, weil ja bekanntlich derzeit die österreichischen und europäischen Fiskalregeln ausgesetzt sind, der aber einfach in die Richtung gehen soll, dass es ja irgendwann natürlich wieder soweit kommen wird, dass die Fiskalregeln wiedereingeführt werden. Fakt ist, dass man für 2022 eine deutlich höhere Ertragslage, was die Gemeindeabgaben betrifft, erwartet, für 2023 jedoch eher Mindererträge. Die Rahmenbedingungen sind, wie Sie alle wissen, unsicher. Wir haben eine Gemengelage von schwierigen äußeren Verhältnissen in Form der Pandemie, der derzeit hohen Inflation, deren Ende nicht abzusehen ist, und zum Schluss noch infolge des Kriegsgeschehens große Verteuerung der Energie- und der Rohstoffpreise. Dazu kommt noch die Zinswende EZB. Das hatte zur Folge, dass man sich bereits anlässlich der Budgeterstellung auf einen 8-prozentigen Krisenaufschlag geeinigt hat, um hier Platz zu schaffen für Dinge, die man derzeit noch nicht voraussehen kann. Generell ist es Zielsetzung der Stadt Graz nach diesem Bericht, dass möglichst viele Investitionen in die Zukunft getätigt werden sollen, um die lebenswerte standortsichere und moderne Stadt für Bevölkerung und Wirtschaft weiter zu bleiben. Der Strategiebericht, alle, die ihn sich angesehen haben, macht jetzt ein bisschen einen sperrigen Eindruck. Man muss wohl Spezialistin oder Spezialist sein, um aus den Tabellen sich wirklich ein Bild zu machen, ein Gefühl zu kriegen, was da vor sich geht. Es wäre, das haben wir heute

im Finanzausschuss auch kurz angesprochen, wünschenswert, wenn man die Aufmachung des Strategieberichtes etwas ändern könnte, sodass sich jemand, der nicht vom Fach ist, besser vorstellen kann, wohin die Reise geht.

Zum Abschluss stelle ich namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Bericht inklusive der Beilage zur Kenntnis nehmen. Danke. (*Appl.*)

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Der vorliegende Bericht betreffend Budgetstrategie wird inklusive der Beilage zur Kenntnis genommen.

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrtes Plenum. Es ist schön, dass viele da sind. Es gibt die Haushaltsordnung, eine Verordnung, und da gibt es den § 13. Und ich würde wirklich alle bitten, das einmal durchzulesen, was dieser § 13 eigentlich für Anforderungen stellt an den Strategiebericht, der jetzt im September vorzulegen ist. Da steht Schuldenstand am Anfang des Jahres, etc. etc. etc. Das Argument, dass das nicht so detailliert vorzulegen ist, weil ihr das Budget am 28., Doppelbudget, beschlossen wurde und sich seither nichts geändert hat, also warum soll man das detailliert darstellen, gilt nicht. Wir haben eine Energiekrise, wir haben Lohnsteigerungen, die im Raum stehen, also wir haben massive Änderungen. Der Strategiebericht soll uns Gemeinderät:innen helfen, Steuern zu können. Wie Kollege Hackenberger schon gesagt hat, aus diesem Strategiebericht kann man nichts lesen, er ist verordnungswidrig. Also können wir eigentlich der Kenntnisnahme nicht zustimmen. Wir sind im Blindflug unterwegs. Ein ordentlicher Strategiebericht, den legt das Land vor, das ist eine ganz ähnliche Bestimmung, die das Landesgesetz

vorschreibt. Der ist hier, und da kann man sehr wohl was rauslesen. Also ich finde, dass man diesen Bericht so nicht hätte herausgeben dürfen, weil er verordnungswidrig ist. Und ich frage mich wirklich, warum, dann müssen wir die Verordnung angehen, wenn wir das nicht wollen. Und deshalb werde ich der Kenntnisnahme nicht zustimmen können.

StR Dr. Riegler:

Ich muss da ein bisschen ins selbe Horn stoßen wie der Herr Pointner. Also die Bestimmung des § 13 Haushaltsordnung wurde ja deshalb geschaffen, übrigens bei der letzten Haushaltsreform, die noch in der vorigen Gemeinderatsperiode von mir selbst auch mitgestaltet wurde, die Idee ist eigentlich folgende, dass wir in einem Jahreszyklus, einen Jahreskreislauf die finanzielle Gestion machen. Nämlich im Sommer machen wir eine Strategie, dann beschließen wir die Strategie im September, aus der Strategie abgeleitet beschließen wir dann das Budget im Dezember und dann schauen wir im Vollzug dann im April/Mai, wenn der Rechnungsabschluss fertig ist, wie sozusagen das letzte Jahr gelaufen ist und welchen Ausblick das uns wiederum für die Strategie gibt. Das wäre an und für sich der Sinn des Strategieberichts. Dieser Bericht, den wir hier haben, erfüllt tatsächlich diese Voraussetzungen nicht, denn er geht eigentlich nicht darauf ein, welche großen Herausforderungen wir aktuell haben. Es steht zwar drin, dass im laufenden Jahr 2022 die Ertragsanteile höher sind, ja, das ist schön, das haben wir auch schon gewusst im Juni, als wir das Budget beschlossen haben, schon für 2023 wird dann Abnahme signalisiert und über 2023 hinaus wird nichts gesagt. Also eine Strategie, die sich eigentlich nur auf das nächste Jahr bezieht, ohne eigentlich wesentliche dramatische Änderungen zu benennen, Zinsentwicklung, Inflationsentwicklung, voraussichtliche Verringerungen der Steuereinnahmen, der Ertragsanteile etc. , mögliche Bedeckungsbedarfe für erhöhte Personalkosten. Wir werden in diesem Raum noch im Dezember sitzen und werden feststellen, wir müssen die Personalkosten noch bedecken, weil vermutlich wird der GÖD-Abschluss für das Personal sowohl in der Holding als auch in der Stadt kaum bei den 3 % wirken, die

derzeit budgetiert sind. Wir müssen ohnedies schon jedes Monat Nachbedeckungen machen von Dingen, von denen wir von Anfang an gewusst haben, dass sie eigentlich ins Haus stehen. CIS, Science-Park haben wir diesmal drinnen. Wir bräuchten eigentlich dringend eine Nachbedeckung und eine Erhöhung für die Kinderbetreuungen. Wir brauchen, noch immer ist es offen, eine Bedeckung für den Verkehrsfinanzierungsvertrag 2 der Holding. Alle diese Dinge sind derzeit nicht gelöst und dieser Bericht sagt in keiner Weise aus, in welcher Weise wir tatsächlich strategisch diese schwierigen Herausforderungen stemmen wollen, die eben bedingt sind durch die Inflation und eben auch durch die allgemeine Zinsentwicklung. Darüber hinaus lesen wir in der Zeitung mittlerweile tagtäglich, dass leider Gottes der Finanzrahmen irgendwie angespannt ist, dass man offensichtlich, weil Bundeszahlungen noch nicht so klar da sind, man deswegen sozusagen nichts mehr beschließen können. Gleichzeitig stellt sich aber der Kollege Ehmann in die Kleine Zeitung und tut großmächtig über das neue Fußballstadion berichten, das er zu bauen gedenkt, und wir benennen Straßen um, was Millionen kosten kann, in derselben Ausgabe der Kleinen Zeitung lesen wir aber, dass eigentlich der Finanzrahmen fehlt. Also das, muss ich sagen, erfüllt nicht die Voraussetzungen eines Strategieberichts, da muss ich dem Herrn Pointner wirklich zustimmen. Ich würde daher dringend darum bitten, dass Sie das verbessern. Abschließend ist noch etwas interessant, dass Sie im Bereich Kultur erfreulicherweise wenigstens die fünfprozentige Steigerung, die ich immer gefordert habe, drinnen haben. Es ist nur interessant, dass die ebenfalls im Budget und in der Mittelfristplanung nicht drinnen ist. Überhaupt möchte ich dem Herrn Hackenberger sagen, also ich finde das Format sehr gut, weil wenn Sie einfach durchlesen, dann haben Sie in jeder Abteilung und danach dann bei den Beteiligungen genau die wichtigsten strategischen Vorhaben genannt und können ungefähr abschätzen, das ist nämlich die Idee des Ganzen gewesen, welche wichtigen Projekte in den kommenden Jahren da sein werden. So auch zum Beispiel bei der Baudirektion und bei der Verkehrsplanung, wo man viele wichtige Verkehrsvorhaben nachlesen kann. Nur fehlt eben momentan die Bedeckung. Also wir werden trotzdem aus Sorge und aus Vertrauen darauf, dass in den nächsten Monaten da vielleicht noch

Verbesserungen stattfinden, zwar dem Stück grundsätzlich zustimmen, weil wir natürlich für eine stabile Strategie für die Stadt Graz sind, aber ich würde doch sehr, sehr bitten namens unser Fraktion, dass man da vielleicht noch ein bisschen eine kleine Nachbesserung durchführt. Danke. (*Appl.*)

StR Eber:

Ich kann zunächst einmal dem Kollegen Günter Riegler Recht geben. Nämlich was den Ablauf angeht, die zeitliche Abfolge Strategiebericht, Budget, Rechnungsabschluss. Also, dass das so ein Zyklus natürlich grundsätzlich ist, ist natürlich sinnvoll und wünschenswert, dass man das so macht, also da gebe ich dir völlig Recht und das hat auch immer unsere Zustimmung so gefunden. Warum der Bericht heuer so aussieht wie er aussieht, das steht eben tatsächlich schon auf der ersten Seite, dass nämlich hier verwiesen wird auf den Beschluss des Doppelbudgets, das wir erst im Juni, also vor zwei Gemeinderatssitzungen, gemacht haben. Und das bedeutet, es hat sich natürlich in diesem Zeitraum, was Investitionen LCF usw. angeht, nicht allzu viel geändert. Selbstverständlich stehen wir gerade heuer, ich möchte fast sagen tagtäglich, vor neuen Herausforderungen. Also wir gehen von einer Krise nahtlos in die andere über und haben es dann oft einmal mit mehreren gleichzeitig zu tun, also angefangen von Corona über den Konflikt in der Ukraine bis hin natürlich eben zu den angesprochenen Inflations- und Energiepreissteigerungen, mit denen wir es zu tun haben. Hier wurde natürlich bei diesem Bericht jetzt einmal abgefragt bei den Abteilungen, bei den Beteiligungen, was sind so die Schwerpunkte der Abteilungen für die nächste Zeit, und das findet man eigentlich ganz gut da drinnen. Natürlich, wenn man sich wünscht eine präzise tagesaktuelle Einschätzung sozusagen, wie geht es jetzt wirtschaftlich, finanz-, budgetpolitisch weiter, dann kann man da das auch nicht finden, weil da müssten wir das ständig eigentlich erneuern. Aber einen groben Überblick zu bekommen über die geplanten Schwerpunkte, das ist da durchaus möglich und da bin ich dann auch sehr zufrieden mit diesem Bericht, möchte ich sagen. Grundsätzlich, also wie gesagt, weil du es nur angesprochen hast Günter, Kollege

Riegler, natürlich, auch zum Zeitpunkt der Erstellung des Doppelbudgets haben wir natürlich noch nicht alles genau und präzise einschätzen können. Wir haben gewusst, wir haben es mit einer relativ hohen Inflation zu tun, die ist im Mai bei etwa 7 % gelegen also in Österreich, alle Schätzungen sind eigentlich immer davon ausgegangen, dass man sehr rasch wieder da etwas herunterkommen. Es zeigt sich im Moment leider das Gegenteil, dass die Inflation weiter ansteigt und es nicht ausgeschlossen ist zumindest, dass man in Kürze sogar zweistellige Inflationsraten auch bei uns hier haben werden, das aber für diesen Strategiebericht alles einzuarbeiten, ist natürlich äußerst schwierig. Von daher kann ich sagen oder kann auch nur, wie der Kollege Hackenberger, ersuchen, diesem Bericht heute hier zuzustimmen. Danke. (*Appl.*)

KO GR Ehmann:

Frau Vorsitzende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich muss mich da jetzt zu Wort melden. Ursprünglich habe ich das hier das nicht für notwendig gehalten, wir stimmen dem selbstverständlich zu und haben da auch Vertrauen. Aber ich formuliere es einmal so, die partielle Märchenstunde des Kollegen Riegler wieder erfordert es, dass man da ans Rednerpult kommen muss. Denn es ist nicht darum gegangen, dass es um den Stadionbau, du hast es so formuliert, der Kollege Ehmann bei der angespannten Situation will wieder ein Stadion bauen und stellt das in Aussicht. Das ist falsch. Ich möchte hier eine tatsächliche Berichtigung machen. Wir haben etwas anderes gemacht. Wir haben nämlich das gemacht, was die letzte Stadtregierung nicht gemacht hat, wir hören nämlich den Menschen zu und wir arbeiten mit ihnen gemeinsam, und das hat den Grund, dass wir gesagt haben, gut dann werden wir eine Art Gruppe bilden gemeinsam mit den Sportklubs, mit den Verantwortlichen in der Verwaltung und mit der Politik selbst und nehmen uns des Themas an. Und sagen wir einmal, wie realistisch ist das, wie schaut das aus, gibt es überhaupt eine Möglichkeit, wo könnten wir das überhaupt machen, und setzen uns mit dem Thema auseinander. Und dieser Prozess ist ergebnisoffen, so würde ich sagen. Das wäre jetzt eigentlich das, was damit gemeint ist mit diesem Arbeitskreis, und es geht nicht darum, dass jetzt ein Geld

rausgenommen wird und das schon hingelegt wird und etwas gebaut wird. Also lassen wir die Gebrüder Grimm, dort wo sie hingehören. *(Appl.)*

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur auf die Märchenstunde kurz eingehen. Ich möchte drauf hinweisen, dass der Herr Stadtrat Riegler nicht zuletzt wegen seiner Expertise eine sehr konstruktive Rückmeldung zu vielen wirklich zu kritisierenden Punkten gegeben hat. Das sind ernsthafte Mahnungen, die man, glaube ich, ernstnehmen sollte, weil es auch zum Besten der Stadt ist. Und weil quasi der Kollege Ehmann direkt angesprochen wurde, es ging auch um den Verkehrsfinanzierungsvertrag, das möchte ich noch einmal dringend einmahnen. Ein Thema, das uns seit vielen Monaten beschäftigt. Das ist Thema hier, in der Holding Thema hier. Es wurde situationselastisch bei Abstimmungen darauf reagiert, sage ich jetzt einmal, wenn es um die Wirtschaftsplanabstimmung auch in der Holding ging. Das sind keine Lappalien. Es geht um viel Geld. Und wir reden heute den ganzen Tag darüber, wo Notstand besteht, wo wir mehr Geld brauchen, um Leuten zu helfen, und da muss bitte eine langfristige Planung diese Dinge auch irgendwie möglich machen. Das ist eine seriöse Planung. Ich bitte wirklich ernsthaft, das mit der Märchenstunde zurückzunehmen. Danke. *(Appl.)*

GR Mag. Pointner:

Werte Frau Vorsitzende. Ich gehe jetzt von den Gebrüdern Grimm weg und möchte zunächst bitte zum Statement von Herrn Finanzstadtrat Stellung nehmen. Ich kann nur fragen, warum wird es nicht so gemacht, wie es in der Haushaltsordnung drinsteht? Es geht darum, dass in dem Paragraphen Transparenz gegenüber dem Gemeinderat herrscht. Wir können uns auf die Finanzverwaltung verlassen oder nicht verlassen, aber es muss transparent sein. Der Gemeinderat steuert, und deswegen gibt es diesen Paragraphen. Und da bin ich auch sehr froh, dass der Kollege Riegler das auch so, wenn

ich es richtig verstanden habe, herausgestellt hat. Ich bin für die Erkenntnis sehr dankbar. Ich habe da aber an Sie, Herr Doktor Riegler, schon eine Frage. Der Sonnenuntergang in den Grazer Finanzen ist bei 23 bis 27 und den gibt's aber auch schon 22 bis 26 und der Strategiebericht, den Sie jetzt auch sehr kritisieren, der schaut im letzten Jahr ganz genauso aus, aber warum kritisieren Sie es heute und haben es vor einem Jahr genauso gemacht? Also da sehe ich schon jetzt leider ein bisschen copy and paste worst practice. (*Appl.*)

StR Dr. Riegler:

Also bitte blenden wir kurz einmal ein Jahr zurück. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass ich im September vorigen Jahres kurz nach diesem denkwürdigen 26. September bei jener Veranstaltung war, die jedes Jahr Ökonomen und Ökonominen in Graz sehr interessiert, nämlich Stefan Bruckbauer von der UniCredit erklärt volkswirtschaftlich die Mittelfristplanung und ich habe sehr gut in Erinnerung, ich kann Ihnen dann, Herr Pointner, auch die Folien schicken, dass damals die einhellige Ansicht sämtlicher Ökonomen in Österreich war, ja, diese kurze Inflationsamplitude, die wir haben, ist rasch vorbei, das sind nur Nachfolgeeffekte aus der Ever Given Affäre, also der Blockade des Suezkanals und der Störung der Lieferketten und das hat sich alles in ein paar Monaten bereits wieder erledigt. Damals lag die Inflationsrate noch bei 2,5 oder 3 %. Also das möchte ich schon sagen. Wir haben damals immer, also ich in meiner Funktion als Finanzreferent und gemeinsam mit dem Kollegen Kamper, wir haben selbstverständlich immer die Mittelfristplanung einmal im Jahr auch aktualisiert und wir haben immer in der Mittelfristplanung auch eine Abschätzung darin gehabt, wie entwickeln sich die Zinsen und wie entwickeln sich die Ertragsanteile. Jetzt sehe ich tatsächlich das Problem, dass aufgrund der jüngsten Entwicklungen, die im Grunde genommen schon von April her, Angriffskrieg Russlands, dass wir da eigentlich in der Mittelfristplanung das nicht ausreichend abgebildet haben. Wir wissen, dass die Inflationsrate seit heuer relativ hoch ist. Mittlerweile wissen wir auch, dass die Zinsen nach oben gehen. Heute hat der Finanzdirektor auch eine

Zinsenvorschau/Inflationsvorschau im Finanzausschuss ausgeteilt, aber es schlägt sich in keiner Weise in der Mittelfristplanung nieder. Deswegen mein Appell, bitteschön, dass muss man jetzt rasch angehen, dass man einmal sieht, wie sieht denn die Mittelfristplanung aus unter geänderten Aussichten auf die Ertragsanteile und der geänderten Zinslandschaft und eben auch unter geänderter Berücksichtigung der voraussichtlichen Personalabschlüsse. Ich fürchte, das schaut nicht so gut aus. Nur, das Wunschkonzert, das wir heute beschließen, ist sozusagen die Wunschliste der Abteilungen und der Tochtergesellschaften, aber die Bedeckung ist eben nicht in dem Ausmaß auch abgebildet, und das wollte ich nur sagen. *(Appl.)*

StR Eber:

Ein Wort noch dazu. Ja, es gibt natürlich Tendenzen, haben wir vorher eh auch schon gesagt. In manchen Bereichen schaut es gar nicht so schlecht aus, was die Ertragsanteile, was die Kommunalsteuer usw. anbelangt, in anderen Bereichen stehen wir sicherlich in den nächsten Monaten vor großen Herausforderungen, was Inflation insbesondere anbelangt, und selbstverständlich werden wir das zu gegebener Zeit natürlich auch einfließen lassen in die Mittelfristplanung. Aber, wie gesagt, wir haben erst im Juni dieses Budget beschlossen mit Investitionen, Mittelfristplanung und allem Drum und Dran, und von daher wäre es jetzt über den Sommer eigentlich auch gar nicht wirklich möglich gewesen, also das so in diesem Umfang da auch einzuarbeiten. Aber es wird selbstverständlich natürlich von uns in der Finanzdirektion in bewährter Art und Weise auch gemacht. Dankeschön.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

Ende Tagesordnung: 16.19 Uhr.